

Rechtsschutzversicherung für das Management und die Verantwortungsträger von Unternehmen



Informationen zum Versicherungsprodukt – Stand 07/2024

Gesellschaft: ARAG SE Rappresentanza Generale e Direzione per l'Italia

Produkt: "ARAG Rechtsschutz Executive v.2"

Die vollständigen vorvertraglichen und vertraglichen Informationen zu dem Produkt sind in anderen Dokumenten enthalten.

Um was für eine Art von Versicherung handelt es sich? Dieses Produkt versichert in den unten aufgeführten Fällen den Rechtsschutz, d.h. die Anwalts-, Gutachter, Gerichts- und Verfahrenskosten, einschließlich der Kosten, die von der Gegenseite nicht zu ersetzen sind, die für die außergerichtliche und gerichtliche Verteidigung der Interessen des Versicherten anfallen. Das Produkt deckt keine gebührenpflichtigen Verwarnungen, Geldbußen, Geldstrafen und Abgaben ab.



Was ist versichert?

UNTERNEHMENSRECHTSSCHUTZ

- ✓ Strafverteidigung wegen Fahrlässigkeitsdelikten und Zuwiderhandlungen
- ✓ Strafverteidigung wegen Vorsatzdelikten
- ✓ Beantragung von Schadenersatz
- ✓ Abwehr von Schadenersatzforderungen Dritter
- ✓ Beziehung der Haftpflichtversicherungsgesellschaft/Lieferanten zum Rechtsstreit

VERKEHRSRECHTSSCHUTZ

- ✓ Beantragung von Schadenersatz
- ✓ Strafverteidigung wegen Fahrlässigkeitsdelikten oder Zuwiderhandlungen im Zusammenhang mit einem Unfall.
- ✓ Antrag auf Freigabe des beschlagnahmten Fahrzeugs
- ✓ Bevorschussung der Strafkaution bei Festnahme im Ausland wegen eines Unfalls
- ✓ Beistand eines Dolmetschers bei Festnahme und/oder Verhör im Ausland wegen eines Unfalls.
- ✓ Einspruch gegen verwaltungsrechtliche Geldstrafen oder Zusatzstrafen wie Führerscheinentzug, -suspendierung oder -widerruf (ohne Unfall nur, wenn dem Einspruch stattgegeben wird)

ARAGTel, Dokumentenarchiv und Juristische Leitfäden

Die Police hat folgende Höchstbeträge pro Schadensfall:

€ 20.000, € 30.000, € 40.000, € 50.000, € 75.000, € 100.000;

€ 100.000 für Verkehrsrechtsschutz.

Rückwirkende Kraft (optional)

Strafrechtsschutz weltweit mit Ausnahme von USA und Kanada (optional)

Anfechtung verwaltungsrechtlicher Sanktionen (optional)

Schadensmeldung unter Nachhaltung (optional)



Was ist nicht versichert?

- ✗ Patent-, Marken-, Urheber-, oder Exklusivrechte, Wettbewerbsbeeinflussung, unlauterer Wettbewerb oder Kartellbestimmungen
- ✗ Vorsätzliche Taten der Versicherten
- ✗ Fusionen, Veränderungen, Umstellungen von Gesellschaften
- ✗ Betriebspacht und Immobilienleasingverträge
- ✗ Streitigkeiten mit ARAG



Gibt es Einschränkungen für den Versicherungsschutz?

! Option Entscheide selbst!: Die Anwaltskosten für die gerichtliche Phase werden von ARAG unter Anwendung eines Selbstbehalts von 20%, mindestens aber 1.000 € und höchstens € 2.500, bezahlt. Dieser Selbstbehalt findet keine Anwendung, wenn der Versicherte den von ARAG vorgeschlagenen Anwalt ernannt; in diesem Fall erhöht sich der Rechtsschutz-Höchstbetrag pro Schadensfall um 50%.

! Für die Strafverteidigung wegen Vorsatz kann ARAG die versicherten Kosten bis zu einem Maximalbetrag von 5.000 €, 10.000 € oder 15.000 € vorschießen, solange das definitive Urteil noch aussteht.

! Beim Verkehrsrechtsschutz:

- die Versicherungsleistungen gelten außerhalb von Europa und den Mittelmeeranrainerstaaten mit einer Obergrenze von 20.000 € pro Schadensfall und Versicherungsjahr;

- liegt kein Verkehrsunfall vor, gilt die Versicherungsleistung Einspruch gegen verwaltungsrechtliche Sanktionen nur, wenn dem Einspruch zumindest teilweise stattgegeben wird.

! Für die fakultative Absicherung Anfechtung verwaltungsrechtlicher Sanktionen, müssen die Sanktionen mindestens 250 € betragen; für die verwaltungsrechtlichen Sanktionen, die von Ivass, Consob und Banca d'Italia verhängt werden, wird die Leistung mit einer Obergrenze von 5.000 € erbracht.



Wo gilt der Versicherungsschutz?

	Versicherungsleistungen	Örtlicher Geltungsbereich
Unternehmensrechtsschutz	<ul style="list-style-type: none"> • Strafverteidigung für Fahrlässigkeitsdelikte und Zuwiderhandlungen und für Vorsatzdelikte • Beantragung von Schadenersatz für außervertragliche Schäden aus unerlaubter Handlung Dritter • Abwehr von Forderungen Dritter für außervertragliche Schäden 	Europa Mittelmeeranrainerstaaten
	<ul style="list-style-type: none"> • Beziehung der Haftpflichtversicherungsgesellschaft oder der Lieferanten zum Rechtsstreit 	Europäische Union, Vatikanstadt Republik San Marino, Fürstentum Monaco, Schweiz, Liechtenstein Vereinigtes Königreich
Verkehrsrechtsschutz		Weltweit
Fakultative Absicherungen	<ul style="list-style-type: none"> • Anfechtung verwaltungsrechtlicher Sanktionen 	Italienische Republik Vatikanstadt Republik San Marino
	<ul style="list-style-type: none"> • Strafrechtsschutz weltweit mit Ausnahme von USA und Kanada 	Weltweit mit Ausnahme von USA und Kanada



Welche Pflichten habe ich?

- Wenn Sie den Vertrag unterzeichnen, sind Sie verpflichtet, wahre, genaue und vollständige Angaben über das zu versichernde Risiko zu machen und der Gesellschaft während der Vertragslaufzeit Änderungen mitzuteilen, die das versicherte Risiko erhöhen. Unwahre oder ungenaue Angaben oder das Verschweigen von Umständen, die das Risiko erhöhen, können zum vollständigen oder teilweisen Verlust des Anspruchs auf die Versicherungsleistungen sowie zum Erlöschen der Versicherung führen.



Wann und wie muss ich bezahlen?

Die Prämie ist bei Unterzeichnung der Police und bei deren Verlängerung zu bezahlen.

Es handelt sich um eine Jahresprämie, die auf einmal oder in Raten gezahlt werden kann. Sie können die Bezahlung in Halbjahresraten beantragen, mit einer Prämienerrhöhung um 4% mindestens aber um € 5. Die Bezahlung kann mit gesetzlich zulässigen Zahlungsmitteln erfolgen.



Wann beginnt und wann endet der Versicherungsschutz?

Der Versicherungsschutz beginnt um 24 Uhr des in der Police angegebenen Tages, sofern die Prämie bezahlt wurde. Wurde die Prämie nicht bezahlt, beginnt der Versicherungsschutz um 24 Uhr des Tages, an dem die Zahlung erfolgt. Die vorgesehene Fälligkeit der Police ändert sich dadurch nicht. Die Versicherungsleistungen im Zusammenhang mit Vertragsstreitigkeiten werden 3 Monate nach Gültigkeitsbeginn der Versicherungsdeckung wirksam. Der Vertrag hat die im Policenschein angegebene Laufzeit und verlängert sich stillschweigend um ein Jahr, sofern keine Kündigung ergeht.



Wie kann ich die Police kündigen?

Der Vertrag kann mit einem Einschreiben mit Rückantwort oder gesetzlich gleichwertigen Kommunikationsmitteln mit einer Vorankündigung von mindestens 30 Tagen vor der in der Police vorgesehenen Fälligkeit gekündigt werden.

Nach jeder Meldung eines Schadens und bis zum 30. Tag nach Mitteilung seiner Archivierung können der Versicherungsnehmer und ARAG mit einer Vorankündigung von mindestens 15 Tagen vor Wirksamkeit der Kündigung per Einschreiben mit Rückantwort oder gesetzlich gleichwertigen Kommunikationsmitteln vom Vertrag zurücktreten.



Rechtsschutzversicherung für das Management und die Verantwortungsträger von Unternehmen

Vorvertragliche Zusatzinformationen über Versicherungsprodukte der Sparte Schaden

Unternehmen: ARAG SE Rappresentanza Generale e Direzione per l'Italia

Produkt: "ARAG Rechtsschutz Executive v.2"

Letzter veröffentlichter Stand dieses Dokuments 07/2024

Das vorliegende Dokument liefert zusätzliche Informationen und ergänzt die vorvertraglichen Informationen zu den Versicherungsprodukten der Sparte Schaden, damit der potentielle Versicherungsnehmer die Produktmerkmale, die vertraglichen Verpflichtungen und die Vermögenslage des Unternehmens besser verstehen kann.

Vor der Vertragsunterzeichnung muss der Versicherungsnehmer die Versicherungsbedingungen einsehen.

ARAG SE Rappresentanza Generale e Direzione per l'Italia ist die italienische Filiale der ARAG SE - Societas Europaea mit Geschäftssitz in 40472 Düsseldorf (Deutschland), ARAG Platz 1, eine Gesellschaft des ARAG Konzerns. Rappresentanza Generale e Direzione per l'Italia: 37135 Verona, Viale del Commercio 59. Tel.: 045 8290411.
Internet: www.arag.it - E-mail: arag@arag.it - PEC: arag@pec.arag.it
Eingetragen am 20.08.2012 in das Verzeichnis der Versicherungsunternehmen, Liste I, Nr. I.00108 (EU-Unternehmen mit Genehmigung zur Ausübung seiner Tätigkeit im Rahmen der Niederlassungsfreiheit). Unter der Aufsicht der deutschen Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).

INFORMATIONEN ÜBER DEN ZULETZT GENEHMIGTEN JAHRESABSCHLUSS DER ARAG SE DES GESCHÄFTSJAHRES 2023.

Gesamtbetrag der Eigenmittel: € 514 milioni. Dieser Betrag wurde nach den deutschen Buchhaltungsgrundsätzen (HGB) und nach den in Deutschland geltenden Bestimmungen berechnet.

- Anteil der Eigenmittel in Form von Gesellschaftskapital: € 100 milioni;
- Anteil der Eigenmittel in Form nichtversicherungstechnischer Rücklagen: € 392 milioni.

Der Bericht über Solvabilität und Finanzlage des Unternehmens (SFCR) ist auf der Webseite

<https://www.arag.de/service/infos-und-news/blaetterkataloge/?catalog=arag-se-en-sfcr-2023> verfügbar

Höhe der Solvenzkapitalanforderung (SCR): € 574 milioni;

Höhe der Mindestkapitalanforderung (MCR): € 200 milioni;

Höhe der anrechenbaren Eigenmittel: € 1903 milioni;

Solvabilitätsindex (Solvency Ratio) zum 31. Dezember 2023: 331,90 %. Dieser Index, berechnet auf der Grundlage der Bestimmungen über die angemessene Eigenmittelausstattung von Versicherungsunternehmen (sog. Solvency II Richtlinie), ist das Verhältnis zwischen den anrechenbaren Eigenmitteln und dem Solvency Capital Requirement (SCR), also jenem Kapital, das im Unternehmen vorhanden sein muss, um hohe, unerwartete Verluste ausgleichen und eine angemessene Sicherheit für die Versicherten gewährleisten zu können.

Die Solvenzkapitalanforderungen werden auf der Grundlage des partiellen internen Modells berechnet, zu dessen Verwendung die Gesellschaft von der deutschen Versicherungsaufsicht (BaFin) ermächtigt wurde.

Der Vertrag untersteht dem italienischen Gesetz.



Was ist versichert?

Es gibt keine zusätzlichen Informationen zu denen, die im Dokument „Informationen zum Versicherungsprodukt“ zu den Versicherungsleistungen enthalten sind. Das Ausmaß der Leistungsverpflichtung des Unternehmens hängt von den Höchstbeträgen ab, die mit dem Versicherungsnehmer vereinbart werden.

Welche Optionen / individuelle Gestaltungen sind möglich?

OPTIONEN MIT PRÄMIENREDUZIERUNG (Kurze Beschreibung der Option und Modalitäten zur Ausübung)

Option Entscheide selbst!	Diese Option ist auf alle Produktlinien anwendbar und sieht eine Reduzierung der Bruttoprämie für die Police, einschließlich der fakultativen Absicherungen, um 20% vor. Die Anwaltskosten für die gerichtliche Phase werden von ARAG unter Anwendung eines Selbstbehalts von 20%, mindestens aber 1.000 € und höchstens € 2.500, bezahlt. Dieser Selbstbehalt findet keine Anwendung, wenn der Versicherte den von ARAG vorgeschlagenen Anwalt ernennt; in diesem Fall
----------------------------------	--

	erhöht sich der Rechtsschutz-Höchstbetrag pro Schadensfall um 50%, der Höchstbetrag pro Versicherungsjahr, sofern vereinbart, bleibt jedoch bestehen.
OPTIONEN MIT BEZAHLUNG EINER ZUSATZPRÄMIE (Kurze Beschreibung der Option und Modalitäten zur Ausübung)	
Rückwirkende Kraft	Wirkt für die Strafverteidigung für Handlungen, Ereignisse oder Verhaltensweisen, die vor Gültigkeitsbeginn des Vertrages eingetreten sind, für die Anzahl der Jahre, die im Policenschein angegeben ist.
Strafrechtsschutz weltweit (mit Ausnahme von USA und Kanada)	Wirkt für die Strafverteidigung auf der ganzen Welt, unter Ausschluss von USA und Kanada
Anfechtung verwaltungsrechtlicher Sanktionen	Wirkt für die Anfechtung verwaltungsrechtlicher Sanktionen, einschließlich Anfechtung von Verfügungen des Sicherheitspakets und Klagen zum Schutz der Interessen des Versicherten vor der Datenschutzbehörde.
Schadensmeldung unter Nachhaltung	Diese Option ermöglicht die Meldung von Schäden innerhalb der im Policenschein genannten Maximalfrist in Jahren nach Beendigung des Vertrages.

 Was ist NICHT versichert?	
Ausschlüsse	<p>Neben den Ausschlüssen, die in den Informationen zum Versicherungsprodukt bereits genannt sind, gelten die Leistungen, auch die fakultativen Absicherungen, sofern im Vertrag nichts Anderweitiges vorgesehen ist, nicht für Schadensfälle als Folge von bzw. im Zusammenhang mit:</p> <ul style="list-style-type: none"> • dem Familien-, Erbschaft- und Schenkungsrecht • Steuer- oder Verwaltungssachen • öffentlichen Aufständen oder inneren Unruhen, Krieg, Terrorakten, Vandalismus, Erdbeben, Streik, Aussperrung, Besitz oder Verwendung radioaktiver Substanzen • Tätigkeiten im Bereich Atomkraft, vom Versicherten verursachten nuklearen oder genetischen Schäden, mit Ausnahme von Schäden, die durch medizinische Behandlung entstanden sind • erklärten Naturkatastrophen oder entsprechenden Alarmzuständen • dem Kauf/Verkauf von Gesellschaftsanteilen oder Streitigkeiten zwischen Verwaltungsratsmitgliedern und/oder Gesellschaftern oder zwischen diesen und dem Versicherungsnehmer oder Streitigkeiten zwischen Versicherten • nicht zufälligen Ereignissen der Umweltverschmutzung; dieser Ausschluss gilt nicht für die Strafverteidigung oder die Anfechtung verwaltungsrechtlicher Sanktionen im Zusammenhang mit Verstößen gegen die Umweltschutzbestimmungen • dem Kauf oder der Inzahlungnahme von Immobilien. Der Ausschluss gilt nicht, wenn der Versicherungsnehmer im Bauwesen tätig ist • dem Neubau von Gebäuden, einschließlich der entsprechenden Verträge über die Lieferung und den Einbau von Material oder Anlagen. Der Ausschluss gilt nicht, wenn der Versicherungsnehmer im Bauwesen tätig ist • der Herstellung oder dem Vertrieb von Sprengstoffen oder der Herstellung von Waffen oder militärischer Ausrüstung • Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Behandlung oder Entsorgung von Abfällen, durchgeführt vom Versicherungsnehmer, der unter einem primären oder sekundären ATECO-Code 38 oder 39 geführt wird oder diese Tätigkeiten zum Gesellschaftsgegenstand hat. Der Ausschluss gilt auch, wenn es bei den Schadensfällen um Umweltschutzbestimmungen geht • der Tätigkeit von Genossenschaften oder von Verbänden, die Verbraucherinteressen vertreten • der Ausübung medizinischer Tätigkeiten, des Ärzteberufs oder anderer Gesundheitsberufe oder Tätigkeiten im sozialen Bereich/in der Pflege • der Anfechtung verwaltungsrechtlicher Sanktionen für die Bezahlung von Abgaben, Gebühren, Steuern sowie Vergütungen öffentlicher Dienstleistungen • Mandatsverträgen • dem Eigentum oder dem Lenken von Wasserfahrzeugen, Luftfahrzeugen oder Schienenfahrzeugen • der Tätigkeit des Transports mit Wasserfahrzeugen, Luftfahrzeugen oder Schienenfahrzeugen, durchgeführt vom Versicherungsnehmer • der Tätigkeit zur Futtermittelerzeugung für Tiere, durchgeführt vom Versicherungsnehmer • der Bergbautätigkeit, durchgeführt vom Versicherungsnehmer • der Tätigkeit politischer oder konfessioneller Organisationen, durchgeführt vom Versicherungsnehmer

	<ul style="list-style-type: none"> • der vom Versicherungsnehmer ausgeübten Tätigkeit betreffend Erforschung und Erzeugung von Medikamenten, pharmazeutischen Präparaten, medizinischen Geräten, diagnostischen Produkten und Impfstoffen • Bankrott, außergerichtlichem Vergleich, freiwilliger Auflösung oder verwaltungsbehördlicher Zwangsliquidation oder anderen Konkursverfahren zu Lasten des Versicherungsnehmers • dem Beitritt zu einer Class Action • der Strafverteidigung wegen Kindesmisshandlung • Streitigkeiten mit der Bank, die den vorliegenden Vertrag vermittelt • nicht homologierten oder abweichend von der Zulassung oder dem Kraftfahrzeugschein benutzten Fahrzeugen • Fahrzeugen, die nicht über die obligatorische Kfz-Haftpflichtversicherung verfügen • Fällen, in denen der Fahrer nicht die notwendige Fahrerlaubnis besitzt oder in denen diese abgelaufen ist und innerhalb von 90 Tagen nach Eintritt des Schadensfalles keine Verlängerung nachgewiesen werden kann • rechtskräftigen Verurteilungen wegen Fahren unter Einfluss von Drogen, für die keine ärztliche Verschreibung vorliegt • rechtskräftigen Verurteilungen wegen unterlassenem Anhalten und unterlassener Hilfeleistung • Fällen von Verletzung der Bestimmungen zum Thema Fahrtschreiber und Geschwindigkeitsbegrenzer, es sei denn, dem Einspruch wird definitiv stattgegeben • der Teilnahme an Rennen oder Sportwettkämpfen und den entsprechenden Probeläufen, es sei denn, es handelt sich um reine Zuverlässigkeitsprüfungen, die vom ACI veranstaltet werden.
--	--

	Gibt es Einschränkungen für den Versicherungsschutz?
Es gibt keine zusätzlichen Informationen zu denen, die im Dokument „Informationen zum Versicherungsprodukt“ enthalten sind.	

	Welche Pflichten habe ich? Welche Pflichten hat das Unternehmen?
Was ist im Schadensfall zu tun	<p>Schadensmeldung: Der Versicherte muss ARAG den Schaden unverzüglich melden, sobald er davon Kenntnis erlangt, unter Einhaltung der gesetzlichen Verjährungsfrist. Damit die Meldung komplett ist und der Versicherte eine schnelle Antwort erhält, kann er den Schadensfall so melden, wie es auf der Webseite www.arag.it/sinistro beschrieben ist.</p> <p>Die Schadensmeldung muss bei ARAG innerhalb von 24 Monaten nach Vertragsende eingehen. Für bereits gemeldete Schäden sind die Adressen und Kontakte zu verwenden, die in den von ARAG erhaltenen Mitteilungen angegeben sind.</p> <p>Direkte Betreuung/Betreuung unter Rahmenvereinbarungen: Einige Leistungen können für den Versicherten direkt von Sachverständigen oder Anwälten erbracht werden, die mit der Gesellschaft zusammenarbeiten.</p> <p>Schadenbearbeitung durch andere Unternehmen: Die Schadenbearbeitung wird nicht an andere Gesellschaften abgegeben.</p> <p>Verjährung: Das Recht auf die Schadensmeldung verjährt in 2 Jahren ab dem Tag, an dem der Versicherte Kenntnis von dem Schaden erlangt. Nach der Schadensmeldung muss der Versicherte ARAG über die Entwicklungen und Umstände des Schadens informieren, auch wenn sie unverändert geblieben sind, um zu vermeiden, dass ab dem Datum der letzten Mitteilung an ARAG die gesetzliche Verjährung abläuft</p>
Ungenaue Angaben oder das Verschweigen von Umständen	Es gibt keine zusätzlichen Informationen zu denen, die im Dokument „Informationen zum Versicherungsprodukt“ enthalten sind.
Pflichten des Unternehmens	ARAG zahlt die versicherten Kosten innerhalb von 30 Tagen ab Festlegung des geschuldeten Betrags.

	Wann und wie muss ich bezahlen?
Prämie	<p>Ergänzung der Informationen zum Versicherungsprodukt:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Prämie ist mit den gesetzlich zulässigen Zahlungsmitteln an ARAG (auch über die Webseite im passwortgeschützten Kundenbereich - sog. Home Insurance) oder an den beauftragten Vermittler zu

	bezahlen. - Die Prämie wird mit dem Prozess der Prämienabrechnung angepasst. - Die Prämie umfasst den geltenden Steuersatz in Höhe von 12,50% der Jahresprämie für den Teil Straßenverkehr und in Höhe von 21,25% für den restlichen Teil. - Sofern vom Versicherungsnehmer nicht anderweitig verfügt, wird die Prämie zusammen mit dem Höchstbetrag und den Obergrenzen an den vom ISTAT veröffentlichten "Index der Verbraucherpreise der Arbeitnehmer- und Angestelltenhaushalte" gebunden. Es ist keine Verwendung von Multilevel-Marketing-Techniken vorgesehen.
Erstattung	Im Falle einer Vertragslösung oder eines Rücktritts im Schadensfall erstattet ARAG dem Versicherungsnehmer den bezahlten und nicht genutzten Nettoprämienanteil (ohne Steuern).

 Wann beginnt und wann endet der Versicherungsschutz?	
Laufzeit	Es gibt keine zusätzlichen Informationen zu denen, die im Dokument „Informationen zum Versicherungsprodukt“ enthalten sind.
Aussetzung	Die Möglichkeit einer Aussetzung der Versicherungsleistungen ist nicht vorgesehen.

 Wie kann ich die Police kündigen?	
Sinnesänderung nach Abschluss	Es ist kein Widerrufsrecht nach Vertragsabschluss vorgesehen.
Lösung	Der Vertrag erlischt von Rechts wegen - aufgrund von Beschränkung der Geschäftsfähigkeit oder Berufsverbot des Versicherungsnehmers - bei Verlegung des Geschäftssitzes des Versicherungsnehmers in ein anderes Land als die Italienische Republik

 An wen wendet sich dieses Produkt?	
<p>BEZUGSMARKT. Der Kunde, für den das Produkt bestimmt ist, ist die juristische Person Unternehmen mit Geschäftssitz in der Italienischen Republik, die sich kurz- und langfristig gegen das Risiko absichern will, für eventuelle Anwalts- und Gutachterkosten für die Bearbeitung von Streitigkeiten, in der gerichtlichen und in der außergerichtlichen Phase, im Zusammenhang mit folgenden Bereichen aufkommen zu müssen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Unternehmenstätigkeit (zum Beispiel: Strafverteidigung, Beantragung von Schadenersatz), einschließlich Cyber-Risiken; • Tätigkeit der Verwaltungsratsmitglieder/Geschäftsführer, der Kontrollräte, Wirtschaftsprüfer, Mitglieder des Aufsichtsorgans, der leitenden Angestellte und Führungskräfte, Datenschutzbeauftragten und Verantwortlichen bzw. Beauftragten für Schutz und Prävention und der Sonderbevollmächtigten (zum Beispiel: Strafverteidigung, Beantragung von Schadenersatz). <p>Damit der Kunde das Produkt verstehen kann, bedarf es keiner fachspezifischen Kenntnisse.</p> <p>NEGATIVER BEZUGSMARKT. Die Kunden, an die das Versicherungsprodukt aufgrund ihrer Bedürfnisse, Merkmale und Zielsetzungen nicht verkauft werden kann, sind: die natürliche Person, der Freiberufler, der Arzt, der Verband, die Eigentümergemeinschaft.</p> <p>Der Vollständigkeit halber sei darauf hingewiesen, dass die folgenden Ausschlüsse vom Versicherungsschutz:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Tätigkeiten im Bereich Atomkraft, vom Versicherten verursachte nukleare oder genetische Schäden, mit Ausnahme von Schäden, die durch medizinische Behandlung entstanden sind • dem Kauf oder der Inzahlungnahme von Immobilien. Der Ausschluss gilt nicht, wenn der Versicherungsnehmer im Bauwesen tätig ist • Herstellung oder Vertrieb von Sprengstoffen oder Herstellung von Waffen oder militärischer Ausrüstung • Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Behandlung oder Entsorgung von Abfällen, durchgeführt vom Versicherungsnehmer, der unter einem primären oder sekundären ATECO-Code 38 oder 39 geführt wird oder diese Tätigkeiten zum Gesellschaftsgegenstand hat. Der Ausschluss gilt auch, wenn es bei den Schadensfällen um Umweltschutzbestimmungen geht • Tätigkeit von Genossenschaften oder von Verbänden, die Verbraucherinteressen vertreten 	

- Ausübung medizinischer Tätigkeiten, des Ärzteberufs oder anderer Gesundheitsberufe oder Tätigkeiten im sozialen Bereich/in der Pflege
- Transporttätigkeit mit Wasserfahrzeugen, Luftfahrzeugen oder Schienenfahrzeugen, durchgeführt vom Versicherungsnehmer
- Tätigkeit zur Futtermittelerzeugung für Tiere, durchgeführt vom Versicherungsnehmer
- der Bergbautätigkeit, durchgeführt vom Versicherungsnehmer
- Tätigkeit politischer oder konfessioneller Organisationen, durchgeführt vom Versicherungsnehmer
- der vom Versicherungsnehmer ausgeübten Tätigkeit betreffend Erforschung und Erzeugung von Medikamenten, pharmazeutischen Präparaten, medizinischen Geräten, diagnostischen Produkten und Impfstoffen

zur Folge haben

- für den Kunden des **Bezugsmarktes**, dass die Versicherungsleistungen nicht wirksam sind
- für den Kunden, dessen überwiegende Versicherungsbedürfnisse in diesen Bereichen liegen, dass er in den **negativen Bezugsmarkt** wechselt.



Welche Kosten muss ich tragen?

Der Anteil, der im Durchschnitt von dem Versicherungsunternehmen an die Vermittler abgetreten wird, beläuft sich auf 23,69 % der Nettoprämie.

WIE KANN ICH BESCHWERDEN VORBRINGEN UND STREITFÄLLE LÖSEN?

<p>Bei der Versicherungsgesellschaft</p>	<p>Eventuelle Beschwerden müssen schriftlich bei der zuständigen Funktion der Gesellschaft eingereicht werden: ARAG SE - Rappresentanza Generale e Direzione per l'Italia - Servizio Reclami, Viale del Commercio 59, 37135 – Verona VR, E-Mail: servizio.reclami@arag.it. ARAG ist verpflichtet, dem Beschwerdeführer innerhalb von 45 Tagen ab Erhalt der Beschwerde zu antworten. Beschwerden über das Verhalten der Agenten und deren Angestellten/Mitarbeiter, deren sie sich zur Versicherungsvermittlung bedient, wird ARAG innerhalb der Maximalfrist von 45 Tagen direkt bearbeiten. Diese Frist kann maximal 15 Tage lang ausgesetzt werden, falls zusätzliche Ermittlungen notwendig sind. Beschwerden über das Verhalten anderer Vermittler (Banken und Broker) sowie deren Angestellter/Mitarbeiter, können direkt an diese gerichtet werden und müssen auch von diesen selbst bearbeitet werden. Erhält ARAG Beschwerden dieser Art, wird sie diese an den betroffenen Vermittler weiterleiten und den Beschwerdeführer entsprechend informieren.</p>
<p>Bei der Aufsichtsbehörde</p>	<p>Ist die Antwort auf die Beschwerde nicht zufriedenstellend oder verspätet, kann die Aufsichtsbehörde IVASS angeschrieben werden (www.ivass.it):</p> <ul style="list-style-type: none"> • auf dem ordentlichen Postweg, Via del Quirinale, 21 - 00187 Roma • per Fax, 06.42133206 • per PEC ivass@pec.ivass.it <p>Das Formular für eine Beschwerde bei der IVASS findet sich unter www.ivass.it in der Sektion " Per i consumatori – Reclami". An die Aufsichtsbehörde gerichtete Beschwerden müssen enthalten:</p> <ol style="list-style-type: none"> a) Name, Familienname und Adresse des Beschwerdeführers, mit eventuellen Telefonnummern b) Angabe des Subjekts bzw. der Subjekte, deren Vorgangsweise reklamiert wird c) eine kurze und umfassende Beschreibung des Beschwerdegrunds d) Kopie der Beschwerde, die bei der Gesellschaft oder dem Vermittler eingereicht wurde, und der eventuell erhaltenen Antwort e) alle sonstigen Unterlagen, die nützlich sind, um die Umstände genauer zu beschreiben. <p>ARAG SE hat ihren Geschäftssitz in Deutschland und ist in Italien im Rahmen der Niederlassungsfreiheit tätig. Sie untersteht deshalb der Aufsicht der deutschen Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), an welche die Beschwerden gerichtet werden können.</p>
<p>VOR ANRUFUNG DER GERICHTSBEHÖRDEN gibt es alternative Möglichkeiten zur Lösung von Streitigkeiten, wie:</p>	
<p>Mediation (obligatorisch)</p>	<p>Anrufung einer Mediationsstelle, die in der entsprechenden Liste des Justizministeriums aufgeführt ist, die auf der Webseite www.giustizia.it verfügbar ist. (Gesetz 9/8/2013, Nr. 98)</p>
<p>Übereinkommen mit anwaltlicher Beteiligung</p>	<p>Durch Antragsstellung durch den eigenen Anwalt bei der Gesellschaft.</p>

<p>Weitere Alternativen zur Lösung von Streitigkeiten</p>	<p>Die Gesellschaft verpflichtet sich, sowohl bei der Angebotsstellung, als auch bei der Vertragsabwicklung Vorgänge zu vermeiden, bei denen sie einen direkten oder indirekten Interessenskonflikt hat. Der Vertrag sieht vor, dass die Gesellschaft und der Versicherungsnehmer, bei Interessenskonflikt oder Uneinigkeit über die Schadenbearbeitung, die Entscheidung einem Schiedsrichter übergeben können.</p> <p>Zur Lösung grenzüberschreitender Streitfragen zwischen einem Verbraucher bzw. Versicherungsnehmer eines Mitgliedsstaates und einem Unternehmen mit Geschäftssitz in einem anderen Mitgliedsstaat, kann der in Italien ansässige Beschwerdeführer seine Reklamation einreichen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - bei der IVASS, die sie an die für die außergerichtliche Beilegung zuständige ausländische Stelle weiterreicht, den Beschwerdeführer darüber informiert und ihm dann die Antwort mitteilt; - direkt bei der zuständigen Stelle des Mitgliedsstaates oder des Staates des EWR (Europäischer Wirtschaftsraum), in dem das betroffene Versicherungsunternehmen seinen Sitz hat (die Stelle ist auf der Webseite http://www.ec.europa.eu/fin-net angegeben), wobei er die Aktivierung des FIN-NET-Verfahrens beantragt, eines Netzes zur Zusammenarbeit zwischen nationalen Einrichtungen.
--	---

FÜR DIESEN VERTRAG VERFÜGT DIE GESELLSCHAFT ÜBER EINEN SPEZIELLEN INTERNETBEREICH FÜR DEN VERSICHERUNGSNEHMER (sog. HOME INSURANCE). DORT KÖNNEN SIE NACH ABSCHLUSS DER POLICE ZUGANG ERHALTEN UND DEN VERTRAG TELEMATISCH VERWALTEN.

Rechtsschutzversicherung für das Management und die Verantwortungsträger von Unternehmen

Versicherungsbedingungen, einschließlich Glossar

Unternehmen: ARAG SE Rappresentanza Generale e Direzione per l'Italia

Produkt: ARAG Rechtsschutz Executive -v.2 Ed.07/2024

Vertrag verfasst nach den IVASS-Leitlinien für einfache und klare Verträge

INHALTSVERZEICHNIS

GLOSSAR		Seite 1
	KAPITEL 1 – Was ist versichert?	Seite 2
	KAPITEL 2 – Was ist nicht versichert?	Seite 5
	KAPITEL 3 - Gibt es Einschränkungen für den Versicherungsschutz?	Seite 6
	KAPITEL 4 - Wo gilt der Versicherungsschutz?	Seite 7
	KAPITEL 5 - Welche Pflichten habe ich? Welche Pflichten hat ARAG?	Seite 7
	KAPITEL 6 - Wann und wie muss ich bezahlen?	Seite 9
	KAPITEL 7 - Wann beginnt und wann endet der Versicherungsschutz?	Seite 10
	KAPITEL 8 - Wie kann ich den Vertrag kündigen?	Seite 11
ARAGTEL, DOKUMENTENARCHIV und JURISTISCHE LEITFÄDEN		Seite 12
ANLAGE GESETZLICHE BESTIMMUNGEN		Seite 13

GLOSSAR

ARAG: ARAG SE Rappresentanza Generale e Direzione per l'Italia

Außergerichtliche Phase: Phase des Streitfalles, in der eine Vereinbarung zwischen den Parteien ohne Anrufung der Gerichtsbehörden angestrebt wird, zum Beispiel Mediation und Übereinkommen mit anwaltlicher Beteiligung.

Außervertragliche Haftung: Die Haftung eines Subjektes, das durch Begehen einer unerlaubten Handlung anderen einen unbilligen Schaden zufügt.

Cyber-Risiko: Verstoß gegen ein Gesetz oder einen Vertrag, der mit Instrumenten der Informatik oder Telematik begangen wird und der den Zugang zu IT-Systemen oder -Instrumenten verhindert, der selbige blockiert, beschädigt, zerstört oder darin enthaltene Daten einfängt oder verbreitet.

Gerichtliche Phase: Phase des Streitfalles, der vor den Gerichtsbehörden abgewickelt wird.

Gerichtskosten: Die Kosten, wie sie im Dekret des Staatspräsidenten DPR Nr. 115/2002, einschließlich nachfolgender Änderungen, definiert sind.

Gutachter: Ein Experte, der in der außergerichtlichen oder gerichtlichen Phase von einer der streitenden Parteien (Parteigutachter) oder vom Richter (gerichtlich bestellter Gutachter) beauftragt wird, eine technische Ermittlung durchzuführen und ein Gutachten zu erstellen.

Karenzeit: Zeitraum, in dem die Schadensfälle nicht abgedeckt sind und der bei Gültigkeitsbeginn der Versicherungsdeckung zu laufen beginnt.

Kosten bei Unterliegen: Diese Kosten werden der unterliegenden Partei mit richterlichem Urteil zur Last gelegt, um die von der Gegenpartei getragenen Kosten zu ersetzen.

Nebenklage: Zivilrechtliche Klage auf Schadenersatz, die im Rahmen des Strafprozesses von dem Subjekt erhoben wird, das durch eine Straftat geschädigt wurde.

Prämie: Der Betrag, der vom Versicherungsnehmer als Vergütung für den Versicherungsschutz an die Versicherungsgesellschaft bezahlt wird.

Rechtskräftige Entscheidung: Ein definitives Urteil, zu dem sich kein Richter erneut aussprechen kann.

Schadensfall: Das schädigende Ereignis, für das die Versicherung geleistet wird.

Selbstbehalt: Der Betrag zu Lasten des Versicherten, der von der Summe abgezogen wird, die die Gesellschaft für die Schadenregulierung gemäß Police bezahlt.

Sicherheitspaket: Bestimmungen zum Thema Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, Sicherheit von Lebensmitteln, Umweltschutz, Datenschutz, Amtshaftung von Gesellschaften und Körperschaften für Straftaten.

Straftaten: Straftaten unterscheiden sich in (vorsätzliche oder fahrlässige) **Delikte**, für die als strafrechtliche Sanktion eine Haft- und/oder Geldstrafe vorgesehen ist, und in **Zuwiderhandlungen** (weniger schwere Straftaten), für die als strafrechtliche Sanktion eine Verhaftung und/oder gebührenpflichtige Verwarnung vorgesehen ist.

Streitfall: Forderungskonflikt zwischen dem Versicherten und der Gegenpartei oder ein anderes zivil-, straf- oder verwaltungsrechtliches Verfahren.

Toleranzzeitraum: Die Anzahl von Tagen, die im Policenschein angegeben ist, während der der Versicherungsschutz weiterhin gültig ist, auch wenn der Versicherungsnehmer zum Fälligkeitstermin die Folgerate oder die Verlängerungsprämie einer Police mit stillschweigender Verlängerung noch nicht bezahlt hat.

Umsatz: Der Betrag, den der Versicherungsnehmer in der MwSt.-Erklärung für das letzte Geschäftsjahr vor Abschluss der Police als Umsatz angegeben hat.

Unerlaubte Handlung: Handlung oder Unterlassung, die im Gegensatz zur Rechtsordnung steht, Verletzung einer gesetzlich verankerten Pflicht.

Verjährung: Erlöschung eines Rechtsanspruches, die eintritt, wenn der Anspruch vom Berechtigten nicht innerhalb der gesetzlich geregelten Frist vorgebracht wird.

Versicherter: Das Subjekt, zu dessen Gunsten die in der Police vorgesehenen Versicherungsleistungen erbracht werden.

Versicherungsnehmer: Das Subjekt, das den Versicherungsvertrag abschließt und unterzeichnet.

Vertragliche Haftung: Die Haftung einer Vertragspartei, die ihre gegenüber der anderen Vertragspartei übernommenen Verpflichtungen nicht oder nur teilweise erfüllt.

Verwaltungsrechtliche Sanktion: Sanktion, die bei Verletzung einer rechtlichen Bestimmung im Verwaltungsbereich vorgesehen ist.

Zwangsvollstreckung: die zwangsweise Durchsetzung des Gläubigeranspruchs gegenüber dem Schuldner (z.B. Pfändung der Güter).



KAPITEL 1 – Was ist versichert?

Art. 1.1 – MIT DEM VERTRAG VERSICHERTE KOSTEN

RECHTSSCHUTZ

1. Wenn der Versicherte in einen Streitfall verwickelt wird, versichert ARAG mit den in der Police festgelegten Einschränkungen:

- die Vergütungen des Rechtsanwalts für die außergerichtliche und die gerichtliche Bearbeitung des Streitfalles
- die Vergütungen des Rechtsanwalts für den Strafantrag oder die Strafanzeige, allerdings nur **wenn als Folge davon ein Strafverfahren gegen die Gegenpartei eröffnet wird**
- die Kosten, die bei Unterliegen am Ende eines Verfahrens dem Versicherten zur Last gelegt werden
- die Kosten der Mediationsstelle, **wenn die Mediation obligatorisch vorgesehen ist**
- die Kosten für das Schiedsverfahren, sowohl des Verteidigers, als auch der Schiedsrichter
- die Kosten für die Zwangsvollstreckung, **bis zu zwei Fällen**
- die Vergütungen des Gutachters
- die Gerichtskosten
- die Ermittlungskosten.

Die Vergütungen und die Kosten sind, mit den in der Police festgelegten Einschränkungen, auch abgedeckt:

- für die Beweissicherung
- oder wenn der Versicherte als Zeuge oder als über den Sachstand informierte Person geladen wird, **sofern daraufhin ein durch die Police abgedecktes Strafverfahren gegen ihn eingeleitet wird.**

2. Die Vergütungen sind für den Einsatz nur eines Anwalts für jede Gerichtsinstanz abgedeckt.

Art. 1.2 – VERSICHERTE

1. Versicherte sind der Versicherungsnehmer und, **sofern sie im Policenschein angegeben sind:**

- die Verwaltungsratsmitglieder/Geschäftsführer, auch in der Eigenschaft als gesetzliche Vertreter
- die Kontrollräte
- die Wirtschaftsprüfer
- die Mitglieder des Aufsichtsorgans
- die Führungskräfte, leitenden Angestellten, Sonderbevollmächtigten, Datenschutzbeauftragten und Verantwortlichen bzw. Beauftragten für Schutz und Prävention, auch als Beauftragte für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz.

Versichert sind alle Personen, die während der Gültigkeit des Versicherungsschutzes für den Versicherungsnehmer die im Policenschein angegebenen Rollen bekleiden.

2. Für die Leistungen der Sektion **Verkehrsrechtsschutz** sind die Versicherten abgedeckt als:

- Eigentümer, Fahrer oder Insassen eines jeglichen Fahrzeugs
- Fußgänger oder Radfahrer.

3. Bei Streitigkeiten zwischen Versicherten werden die Versicherungsleistungen ausschließlich für den Versicherungsnehmer erbracht.

4. Der Versicherungsnehmer kann sich der Aktivierung der Deckung zugunsten der Versicherten widersetzen, wenn er einen Interessenskonflikt feststellt.

Art. 1.3 – WIRKSAMKEITSBEREICH DES VERSICHERUNGSSCHUTZES

Die Versicherungsleistungen der **Sektion Unternehmensrechtsschutz** gelten für Schäden im Zusammenhang mit:

- der versicherten Unternehmenstätigkeit, die vom Versicherungsnehmer ausgeübt wird und die **im Policenschein beschrieben ist**
- der Tätigkeit, die von den Versicherten **im Auftrag des Versicherungsnehmers** ausgeübt wird;

Die Versicherungsleistungen der **Sektion Verkehrsrechtsschutz** gelten für Schäden im Zusammenhang mit:

- dem Straßenverkehr, auch im Privatleben, von Fahrzeugen, die von den versicherten Personen gelenkt werden,

- auch bei Verstößen gegen die Bestimmungen über das Fahren unter dem Einfluss von Alkohol oder in einem durch die Einnahme von Drogen oder psychotropen Substanzen beeinträchtigten psycho-physischen Zustand, sofern die therapeutische Einnahme dieser Mittel durch eine ärztliche Verschreibung nachgewiesen wird.

In allen Bereichen ist das Cyber-Risiko abgedeckt.

Der Versicherungsschutz gilt nicht für Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Behandlung oder Entsorgung von Abfällen, durchgeführt vom Versicherungsnehmer, der unter einem primären oder sekundären ATECO-Code 38 oder 39 geführt wird oder diese Tätigkeiten zum Gesellschaftsgegenstand hat. Die Einschränkung gilt auch, wenn es bei den Schadensfällen um Umweltschutzbestimmungen geht.

Art. 1.4 – VERSICHERUNGSLEISTUNGEN

Die Versicherungsleistungen gelten mit den im Policenschein angegebenen Höchstbeträgen und Einschränkungen.

UNTERNEHMENSRECHTSSCHUTZ

1. Strafverteidigung in Verfahren wegen Fahrlässigkeitsdelikten und Zuwiderhandlungen, auch in Steuer- und Verwaltungssachen sowie im Zusammenhang mit dem Sicherheitspaket, einschließlich der Verteidigung in Verfahren vor dem Strafrichter wegen der Amtshaftung juristischer Personen. Versichert sind außerdem die Kosten für die Freigabe beschlagnahmter persönlicher Güter der Versicherten und beschlagnahmter Güter, die zur Ausübung der versicherten Tätigkeit notwendig sind.

2. Strafverteidigung in Verfahren wegen Vorsatzdelikten, auch in Steuer- und Verwaltungssachen sowie im Zusammenhang mit dem Sicherheitspaket, einschließlich der Verteidigung in Verfahren vor dem Strafrichter wegen der Amtshaftung juristischer Personen. Versichert sind außerdem die Kosten für die Freigabe beschlagnahmter Güter, die zur Ausübung der versicherten Tätigkeit notwendig sind.

Die Versicherungsleistung ist wirksam,

- wenn der Versicherte mit einer rechtskräftigen Entscheidung freigesprochen wird
- wenn die Anklage von Vorsatz auf Fahrlässigkeit umformuliert wird
- bei Einstellung des Verfahrens wegen Unbegründetheit der Straftatmitteilung oder mangels strafbarem Tatbestand
- wenn das Verfahren mit Strafanwendung auf Antrag der Parteien („Patteggiamento“) endet oder wenn die Strafbarkeit durch Verjährung erlischt.

Der Versicherungsschutz gilt nicht bei Straftatlöschung aus jeglichem anderen Grund.

ARAG kann die versicherten Kosten bis zu dem im Policenschein angegebenen Betrag vorschießen.

3. Beantragung von Schadenersatz für außervertragliche Schäden aus unerlaubter Handlung Dritter, einschließlich des Beitritts als Nebenkläger im Strafverfahren. Wurde der Schaden über das Internet erlitten, als Folge eines strafrechtlichen Verstoßes Dritter, werden auch die Kosten anerkannt, die anfallen, um die verletzenden Einträge zu ändern oder zu löschen.

4. Abwehr von Forderungen Dritter gegenüber dem Versicherten für außervertragliche Schäden, für Abwehr- und Unterliegenskosten, nachdem der Höchstbetrag ausgeschöpft wurde, den laut Gesetz und Vertrag der Haftpflichtversicherer zu zahlen hat.

5. Beziehung der Haftpflichtversicherungsgesellschaft oder der Lieferanten des Versicherungsnehmers zum Rechtsstreit. Die Leistung wird ausschließlich für die Verfassung der Unterlagen zur Beziehung zum Rechtsstreit erbracht. Die Leistung gilt nicht, wenn die Haftpflichtversicherungsgesellschaft die ausbleibende Bezahlung oder Anpassung der vertraglichen Prämie oder den Erhalt der Schadensmeldung nach Ablauf der Verjährungsfristen beanstandet. In diesen Fällen ist der Versicherte verpflichtet, von ARAG vorgestreckte Kosten zurückzuerstatten. ARAG fordert vom Versicherten die entsprechenden Nachweise dazu an.

VERKEHRSRECHTSSCHUTZ

1. Beantragung von Schadenersatz für außervertragliche Schäden aus unerlaubter Handlung Dritter, einschließlich eines Beitritts als Nebenkläger im Strafverfahren.

2. Strafverteidigung in Verfahren wegen Fahrlässigkeitsdelikten und Zuwiderhandlungen im Zusammenhang mit einem Verkehrsunfall, einschließlich der Straftaten Tötung im Straßenverkehr oder schwere bzw. schwerste Körperverletzung im Straßenverkehr.

3. Antrag auf Freigabe des Fahrzeugs, das infolge eines Verkehrsunfalls beschlagnahmt wurde.

4. Bevorschussung der Strafkautions im Falle von Verhaftung, Haftandrohung oder sonstigen, die persönliche Freiheit einschränkenden Maßnahmen, die aufgrund von Verantwortung im Zusammenhang mit einem Verkehrsunfall im Ausland verhängt wurden. **ARAG streckt die Strafkautions vor, wenn der Versicherte angemessene Sicherheiten für die Rückerstattung des Betrages innerhalb eines Monats ab Auszahlungstermin liefert.**

5. Beistand eines Dolmetschers bei Verhör, im Falle von Verhaftung oder sonstigen, die persönliche Freiheit einschränkenden Maßnahmen, die aufgrund von Verantwortung im Zusammenhang mit einem Verkehrsunfall im Ausland verhängt wurden.

6. Einspruch gegen verwaltungsrechtliche Sanktionen:



- Geldstrafen
- Zusatzstrafen wie Führerscheinentzug, -suspendierung oder –widerruf,

die aufgrund von Verstößen gegen die Straßenverkehrsordnung **infolge eines Verkehrsunfalls und im Zusammenhang mit diesem** verhängt wurden.

Liegt kein Verkehrsunfall vor, gilt der Versicherungsschutz, wenn dem Einspruch zumindest teilweise stattgegeben wird.

Art. 1.5 – OPTION ENTSCHEIDE SELBST!

Wird die Option Entscheide selbst! gewählt, bezahlt ARAG die Anwaltskosten für die gerichtliche Phase:

- **unter Anwendung eines Selbstbehalts von 20%, mindestens aber 1.000 € und höchstens € 2.500;**
- **ohne Anwendung des Selbstbehalts, wenn der Versicherte den von der Gesellschaft vorgeschlagenen Anwalt ernennt; in diesem Fall wird der Höchstbetrag für den Rechtsschutz pro Schadensfall um 50% gesteigert; der Jahreshöchstbetrag, sofern vereinbart, bleibt jedoch bestehen.**

Art. 1.6 - FAKULTATIVE ABSICHERUNGEN (gültig nur, wenn sie erworben wurden)

Die Leistungen gelten mit den im Policenschein angegebenen Höchstbeträgen und Einschränkungen.

Die **fakultative Absicherung Anfechtung verwaltungsrechtlicher Sanktionen in Abgaben- und Steuerverfahren** gilt nur für den **Versicherungsnehmer**, die anderen fakultativen Absicherungen gelten für alle Versicherten.

RÜCKWIRKENDE KRAFT

1. Die Leistungen Strafverteidigung für Vorsatzdelikte, Fahrlässigkeitsdelikte und Zuwiderhandlungen gelten für Handlungen, Ereignisse oder Verhaltensweisen, die vor Gültigkeitsbeginn des Vertrages eingetreten sind, **sofern der Versicherte erst nach diesem Termin davon erfährt. Die Anzahl der Jahre der Rückwirkung ist im Policenschein angegeben.**

2. **Hatte der Versicherungsnehmer einen vorhergehenden Rechtsschutzvertrag abgeschlossen, so verpflichtet er sich, Schäden, die vor Abschluss des vorliegenden Vertrages eingetreten sind, auch der Gesellschaft zu melden, bei der er vorher versichert war.**

3. **Ist der Schadensfall durch einen anderen Vertrag abgedeckt, den der Versicherungsnehmer mit ARAG unterzeichnet hat, so ist die vorliegende fakultative Absicherung nicht wirksam.**

4. **Die rückwirkende Kraft gilt nicht für Schadensfälle im Zusammenhang mit dem Straßenverkehr.**

STRAFRECHTSSCHUTZ WELTWEIT mit Ausnahme von USA und Kanada

Die Strafverteidigung für Fahrlässigkeitsdelikte und Zuwiderhandlungen oder für Vorsatzdelikte ist **auf der ganzen Welt, mit Ausnahme von USA und Kanada** versichert.

ANFECHTUNG VERWALTUNGSRECHTLICHER SANKTIONEN

1. **Anfechtung verwaltungsrechtlicher Sanktionen**, einschließlich Anfechtung von Verfügungen des **Sicherheitspakets** und Klagen zum Schutz der Interessen des Versicherten vor der Datenschutzbehörde.

2. Bei Geldstrafen wird die Leistung erbracht, **wenn es um einen Wert von mindestens 250 € geht.**

3. In Abgaben- und Steuerverfahren **wird die Leistung ohne Obergrenze als Erstattung erbracht, aber nur, wenn dem Einspruch zumindest teilweise stattgegeben wird.**

4. Bei verwaltungsrechtlichen Sanktionen, die von Ivass, Consob und Banca d'Italia verhängt werden, **wird die Leistung mit einer Obergrenze von 5.000 € erbracht.**

SCHADENSMELDUNG UNTER NACHHALTUNG

Die Schadensmeldung muss

- **innerhalb der im Policenschein genannten Maximalfrist in Jahren nach Beendigung des Vertrages oder eventueller anderer Verträge, die zu einem späteren Zeitpunkt mit ARAG geschlossen und ohne Unterbrechung der Versicherungsdeckung für dasselbe Risiko ausgestellt werden, erfolgen.**
- **bei ARAG unverzüglich eingereicht werden, sobald der Versicherte von dem Schaden Kenntnis erlangt, auf jeden Fall unter Einhaltung der gesetzlichen Verjährungsfrist.**

KAPITEL 2 – Was ist nicht versichert?

Art. 2.1 – KOSTEN, DIE VOM VERTRAG NICHT ABGEDECKT SIND

ARAG versichert nicht die Abdeckung von:

- Erfolgshonoraren des Rechtsanwalts
- Reisekosten
- Doppelhonoraren im Falle von Domizilierung
- Kosten für die Zwangsvollstreckung nach dem zweiten Versuch pro Schadensfall
- Steuern, Gebühren und andere Abgaben, die nicht zu den Gerichtskosten zählen
- gebührenpflichtigen Verwarnungen, Geldbußen oder Geldstrafen im Allgemeinen
- Kosten, die zugunsten von Nebenklägern im Strafverfahren gegen den Versicherten festgesetzt werden
- Kosten der Mediationsstelle, wenn die Mediation nicht obligatorisch ist
- Vergütungen des Anwalts für die Stellung des Strafantrags, wenn kein Strafverfahren zu Lasten der Gegenpartei eröffnet wird
- Kosten, die von der Gegenseite zu erstatten sind
- Ausgaben, die nicht mit ARAG abgesprochen wurden.

Art. 2.2 – AUSSCHLÜSSE

Sofern im Vertrag nichts Anderweitiges vorgesehen ist, gelten die Leistungen, auch die fakultativen Absicherungen, nicht für Schadensfälle als Folge von bzw. im Zusammenhang mit:

- 1) dem Familien-, Erbschaft- und Schenkungsrecht
- 2) Steuer- oder Verwaltungssachen
- 3) öffentlichen Aufständen oder inneren Unruhen, Krieg, Terrorakten, Vandalismus, Erdbeben, Streik, Aussperrung, Besitz oder Verwendung radioaktiver Substanzen
- 4) Tätigkeiten im Bereich Atomkraft, vom Versicherten verursachten nuklearen oder genetischen Schäden, mit Ausnahme von Schäden, die durch medizinische Behandlung entstanden sind
- 5) erklärten Naturkatastrophen oder entsprechenden Alarmzuständen
- 6) Patent-, Marken-, Urheber-, oder Exklusivrechten, Wettbewerbsbeeinflussung, unlauterem Wettbewerb oder Kartellbestimmungen
- 7) dem Kauf/Verkauf von Gesellschaftsanteilen oder Streitigkeiten zwischen Verwaltungsratsmitgliedern und/oder Gesellschaftern oder zwischen diesen und dem Versicherungsnehmer oder Streitigkeiten zwischen Versicherten
- 8) vorsätzlichen Taten der Versicherten
- 9) nicht zufälligen Ereignissen der Umweltverschmutzung; dieser Ausschluss gilt nicht für die Strafverteidigung oder die Anfechtung verwaltungsrechtlicher Sanktionen im Zusammenhang mit Verstößen gegen die Umweltschutzbestimmungen
- 10) Fusionen, Veränderungen oder Umstellungen von Gesellschaften
- 11) dem Kauf oder der Inzahlungnahme von Immobilien. Der Ausschluss gilt nicht, wenn der Versicherungsnehmer im Bauwesen tätig ist.
- 12) dem Neubau von Gebäuden, einschließlich der entsprechenden Verträge über die Lieferung und den Einbau von Material oder Anlagen. Der Ausschluss gilt nicht, wenn der Versicherungsnehmer im Bauwesen tätig ist.
- 13) der Betriebspacht und Immobilienleasingverträgen
- 14) der Herstellung oder dem Vertrieb von Sprengstoffen oder der Herstellung von Waffen oder militärischer Ausrüstung
- 15) Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Behandlung oder Entsorgung von Abfällen, durchgeführt vom Versicherungsnehmer, der unter einem primären oder sekundären ATECO-Code 38 oder 39 geführt wird oder diese Tätigkeiten zum Gesellschaftsgegenstand hat. Der Ausschluss gilt auch, wenn es bei den Schadensfällen um Umweltschutzbestimmungen geht.
- 16) der Tätigkeit von Genossenschaften oder von Verbänden, die Verbraucherinteressen vertreten
- 17) der Ausübung medizinischer Tätigkeiten, des Ärzteberufs oder anderer Gesundheitsberufe oder Tätigkeiten im sozialen Bereich/in der Pflege
- 18) der Anfechtung verwaltungsrechtlicher Sanktionen für die Bezahlung von Abgaben, Gebühren, Steuern sowie Vergütungen öffentlicher Dienstleistungen
- 19) Mandatsverträgen
- 20) dem Eigentum oder dem Lenken von Wasserfahrzeugen, Luftfahrzeugen oder Schienenfahrzeugen
- 21) der Tätigkeit des Transports mit Wasserfahrzeugen, Luftfahrzeugen oder Schienenfahrzeugen, durchgeführt vom Versicherungsnehmer
- 22) der Tätigkeit zur Futtermittelerzeugung für Tiere, durchgeführt vom Versicherungsnehmer
- 23) der Bergbautätigkeit, durchgeführt vom Versicherungsnehmer
- 24) der Tätigkeit politischer oder konfessioneller Organisationen, durchgeführt vom Versicherungsnehmer
- 25) der vom Versicherungsnehmer ausgeübten Tätigkeit betreffend Erforschung und Erzeugung von Medikamenten, pharmazeutischen Präparaten, medizinischen Geräten, diagnostischen Produkten und Impfstoffen
- 26) Bankrott, außergerichtlichem Vergleich, freiwilliger Auflösung oder verwaltungsbehördlicher Zwangsliquidation oder anderen Konkursverfahren zu Lasten des Versicherungsnehmers
- 27) Streitigkeiten mit ARAG
- 28) dem Beitritt zu einer Class Action
- 29) der Strafverteidigung wegen Kindesmisshandlung
- 30) Streitigkeiten mit der Bank, die den vorliegenden Vertrag vermittelt
- 31) nicht homologierten oder abweichend von der Zulassung oder dem Kraftfahrzeugschein benutzten Fahrzeugen
- 32) Fahrzeugen, die nicht über die obligatorische Kfz-Haftpflichtversicherung verfügen

- 33) Fällen, in denen der Fahrer nicht die notwendige Fahrerlaubnis besitzt oder in denen diese abgelaufen ist und innerhalb von 90 Tagen nach Eintritt des Schadensfalles keine Verlängerung nachgewiesen werden kann
- 34) rechtskräftigen Verurteilungen wegen Fahren unter Einfluss von Drogen, für die keine ärztliche Verschreibung vorliegt
- 35) rechtskräftigen Verurteilungen wegen unterlassenem Anhalten und unterlassener Hilfeleistung
- 36) Verletzung der Bestimmungen zum Thema Fahrtschreiber und Geschwindigkeitsbegrenzer, es sei denn, dem Einspruch wird definitiv stattgegeben
- 37) der Teilnahme an Rennen oder Sportwettkämpfen und den entsprechenden Probeläufen, es sei denn, es handelt sich um reine Zuverlässigkeitsprüfungen, die vom ACI veranstaltet werden.

KAPITEL 3 - Gibt es Einschränkungen für den Versicherungsschutz?

Art. 3.1 – SELBSTBEHALT UND STEIGERUNG DES HÖCHSTBETRAGES BEI DER OPTION ENTSCHEIDE SELBST!

1. Wird die Option Entscheide selbst! gewählt, bezahlt ARAG die Anwaltskosten für die gerichtliche Phase:

- unter Anwendung eines Selbstbehalts von 20%, mindestens aber 1.000 € und höchstens € 2.500;
- ohne Anwendung des Selbstbehalts, wenn der Versicherte den von der Gesellschaft vorgeschlagenen Anwalt ernennt; in diesem Fall wird der Höchstbetrag für den Rechtsschutz pro Schadensfall um 50% gesteigert; der Jahreshöchstbetrag, sofern vereinbart, bleibt jedoch bestehen.

Anwendungsbeispiel des Selbstbehalts von 20% für die Kosten der gerichtlichen Phase

In einem Schadensfall muss der Versicherte Anwalts- und Gutachterkosten in Höhe von insgesamt € 12.000 bezahlen, davon € 7.000 für den Beistand des Anwalts im Gerichtsverfahren.

Unter Anwendung des Selbstbehalts von 20%, übernimmt ARAG für diese Phase die Kosten in Höhe von € 5.600 (€ 7.000 - 20%), die anderen € 5.000 ohne Selbstbehalt. Der Restbetrag in Höhe von € 1.400 (20% von € 7.000) ist nicht abgedeckt.

Beispiel für die Steigerung des Höchstbetrages um 50%, wenn der Versicherte den von ARAG vorgeschlagenen Anwalt ernennt

Der Höchstbetrag pro Schadensfall ist im Policenschein mit € 20.000 angegeben. Ernennet der Versicherte bei Eintritt des Schadensfalles den von ARAG vorgeschlagenen Anwalt, steigt der verfügbare Höchstbetrag auf € 30.000 (durch die Steigerung um 50%: 20.000 € + 50%).

Der Inhalt dieses Kästchens hat keinen Vertragswert.

Art. 3.2 – AUFTEILUNG DES HÖCHSTBETRAGES ZWISCHEN MEHREREN VERSICHERTEN, DIE IN DENSELBEIN SCHADENSFALL VERWICKELT SIND

Sind mehrere Versicherte in ein und denselben Schadensfall verwickelt, wird die Versicherungsleistung mit nur einem Höchstbetrag erbracht, der zu gleichen Teilen unter allen Versicherten aufgeteilt wird, unabhängig von den von jedem einzelnen bezahlten Beträgen. Ist nach der Schadenregulierung der Höchstbetrag pro Schadensfall nicht ausgeschöpft, wird der Restbetrag zu gleichen Teilen unter den Versicherten aufgeteilt, denen ihre Kosten nur zum Teil erstattet wurden.

Art. 3.3 – MINDESTWERT DER STREITSACHE

1. Für die Anfechtung verwaltungsrechtlicher Sanktionen, unter Ausschluss von Sanktionen, die sich auf Steuer- und Abgabenrecht beziehen, gilt der Versicherungsschutz im Falle von Geldstrafen über 250 €.

Anwendungsbeispiel des Mindeststreitwertes

Dem Versicherten wird eine Geldstrafe in Höhe von 200 € zugestellt. Der Versicherungsschutz gilt nicht, weil der Betrag der Geldstrafe unter 250 € liegt.

Der Inhalt dieses Kästchens hat keinen Vertragswert.

Art. 3.4 – WIRKSAMKEIT EINIGER LEISTUNGEN

Der Einspruch gegen verwaltungsrechtliche Sanktionen der Sektion Verkehrsrechtsschutz gilt, wenn kein Verkehrsunfall vorliegt, sofern dem Einspruch zumindest teilweise stattgegeben wird.

Art. 3.6 – WIRKSAMKEIT DER LEISTUNGEN BEI VORHANDENSEIN EINER HAFTPFLICHTVERSICHERUNGSPOLICE

Übernimmt ein Haftpflichtversicherer die Bearbeitung des Streitfalles für den Versicherten, wirken die Leistungen dieses Vertrages im Zweitrisiko, d.h. nach Erschöpfung des Höchstbetrages, der laut Gesetz und Vertrag vom Haftpflichtversicherer geschuldet ist.

KAPITEL 4 - Wo gilt der Versicherungsschutz?

Art. 4.1 – GEBIETE, IN DENEN DER VERSICHERUNGSSCHUTZ GÜLTIG IST

Die Versicherungsleistungen sind in den in der Übersicht angeführten Gebieten gültig, wenn der Schadensfall dort eintritt und wenn sich die zuständigen Gerichtsbehörden dort befinden.

Versicherungsleistungen		Örtlicher Geltungsbereich
Unternehmensrechtsschutz	<ul style="list-style-type: none"> • Strafverteidigung für Fahrlässigkeitsdelikte und Zuwiderhandlungen und für Vorsatzdelikte • Beantragung von Schadenersatz für außervertragliche Schäden aus unerlaubter Handlung Dritter • Abwehr von Forderungen Dritter für außervertragliche Schäden 	Europa Mittelmeeranrainerstaaten
	<ul style="list-style-type: none"> • Beziehung der Haftpflichtversicherungsgesellschaft zum Rechtsstreit 	Europäische Union Vatikanstadt Republik San Marino Fürstentum Monaco Schweiz Liechtenstein Vereinigtes Königreich
Verkehrsrechtsschutz		Weltweit
Fakultative Absicherungen	<ul style="list-style-type: none"> • Anfechtung verwaltungsrechtlicher Sanktionen 	Italienische Republik Vatikanstadt Republik San Marino
	<ul style="list-style-type: none"> • Strafrechtsschutz weltweit mit Ausnahme von USA und Kanada 	Weltweit mit Ausnahme von USA und Kanada

KAPITEL 5 - Welche Pflichten habe ich? Welche Pflichten hat ARAG?

Art. 5.1 – WIE WIRD EIN SCHADEN GEMELDET

1. Der Schaden muss ARAG unverzüglich gemeldet werden, sobald der Versicherte davon Kenntnis erlangt, auf jeden Fall unter Einhaltung der gesetzlichen Verjährungsfrist.
2. Die Schadensmeldung muss auf jeden Fall spätestens 24 Monate nach Beendigung des Vertrages oder eventueller anderer Verträge, die mit ARAG abgeschlossen und ohne Unterbrechung der Versicherungsdeckung für dasselbe Risiko ausgestellt werden, erfolgen.
3. Der Versicherte muss ARAG vollständig und wahrheitsgemäß über sämtliche Umstände des Schadensfalles unterrichten, die entsprechenden Beweismittel und Unterlagen liefern sowie eventuelle weitere bestehende Versicherungsverträge für dasselbe Risiko angeben und auf Verlangen zur Verfügung stellen.
4. Wird diese Bedingung nicht erfüllt, kann ARAG nicht für eventuelle Verspätungen bei der Bewertung der Versicherungsdeckung oder bei der Bearbeitung des Falles sowie für eventuell eintretende Verjährungen oder Verwirkungen haftbar gemacht werden.

Beispiel einer Schadensmeldung

Der Versicherte, der ARAG einen neuen Schaden meldet, sendet:

- eine detaillierte Beschreibung der Sachverhalte in chronologischer Reihenfolge
- eventuelle Begleitdokumentation (z.B. Kopie des Ermittlungsbescheids)

Der Inhalt dieses Kästchens hat keinen Vertragswert.

Art. 5.2 – SCHADENBEARBEITUNG UND WAHL DES RECHTSANWALTS

1. Nach Erhalt der Schadensmeldung prüft ARAG die Versicherungsdeckung und die Begründetheit der Ansprüche des Versicherten.
2. Die außergerichtliche Phase wird von ARAG bearbeitet, die sich bemüht, eine Einigung zwischen den Parteien zu erzielen. Sie bedient sich dabei interner qualifizierter Mitarbeiter oder **übergibt die Bearbeitung einem Anwalt eigener Wahl.**
3. **Um die Versicherungsdeckung der Ausgaben für die gerichtliche Phase zu bewerten, einschließlich eventueller nachfolgender Einlegung von Rechtsmitteln, prüft ARAG im Voraus die Eignung der Beweismittel und Argumente, die der Versicherte liefern muss.**
4. Für die gerichtliche Phase hat der Versicherte das Recht, einen Anwalt zu wählen, **der ins Anwaltsverzeichnis eingetragen sein muss; im Falle der Domizilierung benennt ARAG den Domiziliaten.**
5. Die Beauftragung des Anwalts und des Gutachters, die im Interesse ihrer eigenen Kunden tätig sind, erfolgt direkt durch den Versicherten. **ARAG trägt deshalb für deren Tätigkeit keine Verantwortung.**

6. Die Kosten für die finanziellen Vereinbarungen zwischen Versichertem und Anwalt, für den Vergleich zur Streitbeilegung und für das Einschalten des Gutachters sind nur abgedeckt, wenn sie im Voraus von ARAG genehmigt wurden.

7. ARAG kann die Vergütungen des beauftragten Freiberuflers direkt bezahlen, nachdem der geschuldete Betrag definiert wurde. Die Bezahlung erfolgt im Rahmen der Durchführung des Versicherungsvertrages und ohne Übernahme einer jeglichen Verpflichtung von ARAG gegenüber dem Freiberufler.

8. Beahlt der Versicherte den beauftragten Freiberufler direkt, erstattet ARAG den vorgestreckten Betrag nach Erhalt der Zahlungsbelege.

9. Die Bezahlung der versicherten Kosten erfolgt innerhalb von 30 Tagen nach Bewertung der Angemessenheit des geforderten Betrages.

Art. 5.3 – RÜCKZAHLUNG VORGESTRECKTER KOSTEN

Der Versicherte ist verpflichtet, von ARAG vorgestreckte Beträge zurückzuzahlen:

- wenn sie von der Gegenpartei oder einem anderen Subjekt erstattet werden
- wenn das Strafverfahren wegen Vorsatzdelikten mit einem anderen Urteil, einer Einstellung oder einer Verfügung endet als im Versicherungsschutz beschrieben ist. Diese Unterlagen müssen ARAG unverzüglich übermittelt werden
- bei Beiziehung der Haftpflichtversicherungsgesellschaft zum Rechtsstreit, wenn die Haftpflichtversicherungsgesellschaft die ausbleibende Bezahlung oder Anpassung der vertraglichen Prämie oder die Schadensmeldung nach Ablauf der Verjährungsfrist beanstandet.

Art. 5.4 – UNSTIMMIGKEITEN MIT ARAG ÜBER DIE SCHADENBEARBEITUNG UND INTERESSENSKONFLIKT

1. Besteht zwischen dem Versicherten und ARAG Uneinigkeit über die Schadenbearbeitung, kann die Entscheidung einem Schiedsrichter übergeben werden, der nach Billigkeit entscheidet. Dieser Schiedsrichter wird von den Parteien in gemeinsamem Einvernehmen oder, sofern kein Einvernehmen besteht, vom Präsidenten des gesetzlich zuständigen Landgerichts ernannt.

2. Die Schiedskosten werden von jeder der Parteien zur Hälfte getragen, unabhängig vom Ausgang des Schiedsspruches.

3. Alternativ dazu können die Gerichtsbehörden angerufen werden, nachdem der Mediationsversuch oder ein sonstiges, eventuell vorgesehenes System zur alternativen Streitbeilegung durchgeführt wurde.

4. Bei Vorliegen eines Interessenskonflikts mit ARAG hat der Versicherte auf jeden Fall das Recht, seinen Anwalt frei zu wählen.

5. Wurden die Versicherungsbedingungen auch ins Deutsche übersetzt, ist bei Unstimmigkeiten zwischen ARAG und dem Versicherten über die Auslegung des vorliegenden Vertragstextes die italienische Fassung maßgeblich.

Art. 5.5 – UNGENAUE ANGABEN ODER DAS VERSCHWEIGEN VON UMSTÄNDEN DURCH DEN VERSICHERTEN

1. Ungenaue Angaben oder das Verschweigen von Umständen seitens des Versicherungsnehmers oder des Versicherten, die bei Abschluss des Vertrages oder während dessen Laufzeit die Risikobewertung beeinflussen, können zum vollständigen oder teilweisen Verlust des Anspruchs auf die Versicherungsleistungen sowie zum Erlöschen der Versicherung führen.

2. Erlangt ARAG Kenntnis über erschwerende Umstände, die eine höhere Prämie bedingen, kann sie eine entsprechende Anpassung der geltenden Bedingungen verlangen.

3. Im Falle einer Risikoverringerung muss die Gesellschaft die nach entsprechender Mitteilung durch den Versicherungsnehmer fällig werdende Prämie bzw. Prämienraten verringern und verzichtet auf das Rücktrittsrecht.

4. Der Versicherte muss die Gesellschaft über das Bestehen bzw. den nachfolgenden Abschluss weiterer Versicherungen für dasselbe Risiko informieren und im Schadensfall alle Versicherer unter Nennung der anderen Versicherer benachrichtigen, damit die Kosten proportional aufgeteilt werden können.

Art. 5.6 – OBLIGATORISCHE MITTEILUNGEN AN ARAG

1. Der Versicherungsnehmer muss ARAG eine sofortige Mitteilung machen:

- wenn ihm gegenüber eine Beschränkung der Geschäftsfähigkeit oder ein Berufsverbot ausgesprochen wird,
- wenn er seinen Geschäftssitz in ein anderes Land als die Italienische Republik verlegt,

weil das Gründe für eine Vertragslösung sind.

2. Nach der Schadensmeldung muss der Versicherte ARAG über die Entwicklungen und Umstände des Schadens informieren, auch wenn sie unverändert geblieben sind:

- um die Schadenbearbeitung zu ermöglichen
- um zu vermeiden, dass ab dem Datum der letzten Mitteilung an ARAG die gesetzliche Verjährung abläuft.

KAPITEL 6 - Wann und wie muss ich bezahlen?

Art. 6.1 – BEZAHLUNG DER PRÄMIE UND AUSSETZUNG DER VERSICHERUNGSLEISTUNGEN

1. Die Prämie ist bei Unterzeichnung der Police und bei deren Verlängerung zu bezahlen.
2. Es handelt sich um eine Jahresprämie, die auf einmal oder in Raten gezahlt werden kann. Bezahlt der Versicherungsnehmer die Folgeraten nicht, so gilt der Versicherungsschutz über den im Policenschein genannten Toleranzzeitraum weiter. Nach Ablauf des Toleranzzeitraumes wird der Versicherungsschutz ausgesetzt und beginnt ab 24 Uhr des Tages, an dem Zahlung geleistet wird, wieder zu laufen. Die vorgesehene Fälligkeit der Police bleibt auf jeden Fall gültig.
3. Bezahlt der Versicherungsnehmer die Folgeraten nicht, kann ARAG den Vertrag per Einschreiben mit Rückantwort oder gesetzlich gleichwertigen Mitteln kündigen. Ihr Anspruch auf die Prämienzahlung bleibt dabei bestehen.
4. Es ist jedes Zahlungsmittel zugelassen, das den geltenden Gesetzen entspricht.
5. Die Prämien sind an ARAG oder an den beauftragten Vermittler zu bezahlen.

Art. 6.2 – INDEXIERUNG DER PRÄMIE, DER HÖCHSTBETRÄGE UND DER OBERGRENZEN

1. Die Werte von Prämie, Höchstbeträgen und Obergrenzen beruhen auf dem "Index der Verbraucherpreise der Arbeitnehmer- und Angestelltenhaushalte", der vom zentralen Institut für Statistik - ISTAT - in Rom veröffentlicht wird. Dabei gilt:
 - a) Ausgangsbasis und Grundlage für die Anpassung im Laufe eines jeden Kalenderjahres ist der Index des Monats September des Vorjahres;
 - b) ist bei Fälligkeit der Jahresprämie eine Veränderung nach oben oder unten im Vergleich zum Anfangsindex oder seinem Äquivalent zu verzeichnen, so werden der Höchstbetrag, die Obergrenzen und die entsprechende Prämie proportional angehoben bzw. herabgesetzt;
 - c) Anhebung oder Herabsetzung erlangen mit Fälligkeit der Jahresprämie Wirksamkeit.
 Der Höchstbetrag pro Schaden wird unter Bezugnahme auf das Eintrittsdatum festgelegt.
2. Sollten infolge der Indexveränderung der Höchstbetrag, die Obergrenzen und die Prämie das Doppelte der anfangs festgelegten Beträge übersteigen, so können sowohl die Gesellschaft als auch der Versicherungsnehmer auf die Anpassung der Police verzichten, und der Höchstbetrag, die Obergrenzen und die Prämie bleiben auf dem Stand der letzten Anpassung.
3. Sollte die Veröffentlichung der Indizes verspätet erfolgen oder ausbleiben, so schlägt ARAG eine Anpassung entsprechend der allgemein bekannten Preisänderungen seit der zuletzt durchgeführten Anpassung vor.
4. Der Versicherungsnehmer hat die Möglichkeit, auf die vorgeschlagene Anpassung zu verzichten.

Art. 6.3 – PRÄMIENABRECHNUNG

1. Die jährliche Bruttoversicherungsprämie wird auf der Grundlage des variablen Risikoelements Jahresbruttoumsatz festgelegt
2. Die jährliche Bruttoprämie wird vom Versicherungsnehmer für jede Versicherungsperiode bezahlt:
 - a) in Form eines provisorischen festen Prämienanteils bei Vertragsabschluss und bei den folgenden Fälligkeiten der Versicherungszeiträume; dieser feste Anteil ist die ARAG auf jeden Fall zustehende Mindestprämie. Zur Berechnung des festen Anteils sind mindestens 80% des erklärten Jahresbruttoumsatzes zu verwenden.
 - b) der Saldo wird nach Abrechnung der Prämie am Ende einer jeden Versicherungsperiode bezahlt, auf der Grundlage der effektiven Entwicklung des Jahresbruttoumsatzes im selben Zeitabschnitt, der bei Vertragsabschluss zur Berechnung der jährlichen Mindestbruttoprämie herangezogen wurde.
3. Ist die bei der Saldoabrechnung festgelegte jährliche Bruttovertragsprämie geringer als der provisorisch bezahlte Betrag, so steht letzterer der Gesellschaft als Mindestprämie für den Vertrag auf jeden Fall zu. Das heißt, es findet keine Auszahlung negativer Differenzbeträge statt.
4. Um die Berechnung und Bezahlung des Prämienaldos zu ermöglichen, verpflichtet sich der Versicherungsnehmer:
 - a) ARAG innerhalb von 120 Tagen nach Ende einer jeden Versicherungsperiode schriftlich die notwendigen Daten zur Berechnung der definitiven Prämie mitzuteilen;
 - b) den Prämienaldo innerhalb von 30 Tagen nach Mitteilung der geschuldeten Prämie durch ARAG zu bezahlen.
5. Bei Nichteinhaltung der Fristen gemäß Ziffer 4, wird die Bewertung und eventuelle Regulierung der Schäden:
 - die in dem Zeitraum eingetreten sind, auf den sich die Abrechnung bezieht
 - und die nach Ablauf der in Ziffer 4 Buchstabe a) festgelegten Fristen gemeldet werden,
 bis 24 (vierundzwanzig) Uhr des Tages ausgesetzt, an dem der Versicherungsnehmer seine eventuellen Prämien schulden begleicht. Ist die definitiv bezahlte Prämie um mindestens 50% höher als der feste und provisorische Anteil, so müssen zur Neuberechnung des festen und provisorischen Anteils für das Folgejahr mindestens 80% des beim Saldo mitgeteilten Umsatzes verwendet werden. Der neue Betrag gilt ab der ersten Jahresfälligkeit, die auf die Neuberechnung der Prämie folgt.
6. ARAG kann die vom Versicherungsnehmer zur Prämienberechnung gelieferten Daten prüfen; der Versicherungsnehmer ist verpflichtet, ARAG die notwendigen Informationen und Unterlagen zu liefern.



KAPITEL 7 - Wann beginnt und wann endet der Versicherungsschutz?

Art. 7.1 – GÜLTIGKEITSBEGINN UND LAUFZEIT DER VERSICHERUNGSDECKUNG

1. Der Versicherungsschutz ist ab 24 Uhr des in der Police angegebenen Tages wirksam, sofern die Prämie bezahlt wurde. Wurde die Prämie nicht bezahlt, wird der Versicherungsschutz ab 24 Uhr des Tages wirksam, an dem die Zahlung erfolgt. Die vorgesehene Fälligkeit der Police ändert sich dadurch nicht.
2. Der Vertrag hat die im Policenschein angegebene Laufzeit und verlängert sich stillschweigend um ein Jahr, sofern keine Kündigung ergeht, die mittels Einschreiben mit Rückantwort oder rechtlich gleichwertigen Mitteln mindestens 30 Tage vor dem Auslauftermin des Vertrages auszusprechen ist.

Art. 7.2 - WANN SIND SCHÄDEN ABGEDECKT

1. Abgedeckt sind die versicherten Kosten für Schadensfälle, die eingetreten sind:
 - nach Gültigkeitsbeginn der Versicherungsdeckung, wenn es um einen außervertraglichen Schaden bzw. einen angeblichen außervertraglichen Schaden, um die Verletzung bzw. angebliche Verletzung straf- oder verwaltungsrechtlicher Gesetzesvorschriften geht
 - nach 3 monatiger Karenzzeit in allen anderen Fällen.
- Bei Niederlegung der Tätigkeit durch die versicherten Personen gelten die Versicherungsleistungen Strafverteidigung für Fahrlässigkeitsdelikte und Zuwiderhandlungen sowie Anfechtung verwaltungsrechtlicher Sanktionen, die beide für die Bestimmungen des Sicherheitspakets aktiviert wurden, für Schadensfälle, die während der Laufzeit der Police und innerhalb von 24 Monaten nach Niederlegung der Tätigkeit eintreten.
2. Wird der Vertrag ohne Unterbrechung der Versicherungsdeckung im direkten Anschluss an eine vorherige Police für dasselbe Risiko ausgestellt, so gelten die Versicherungsleistungen der vorliegenden Police, die bereits durch die vorherige Police abgedeckt waren,
 - ohne Karenzzeit, wenn die Laufzeit des vorherigen Vertrages nicht geringer als die Karenzzeit ist
 - für Schäden, die während der Gültigkeit der vorliegenden Police eingetreten sind, sofern die Deckung abgelehnt wurde, weil die Schäden nach Ablauf der Maximalfrist nach Beendigung des Vertrages gemeldet wurden, unter der Voraussetzung, dass der vorherige Versicherer nicht die ausbleibende Bezahlung oder Anpassung der Prämie beanstandet.

Art. 7.3 – WANN TRITT EIN SCHADENSFALL EIN

1. Das Schadeneintrittsdatum ist das Datum, an dem sich das Schadenereignis zuträgt, aus dem die Streitigkeit entsteht. Dieses Schadenereignis ist, je nach Art der Streitigkeit, zu verstehen als:
 - der außervertragliche Schaden bzw. angebliche außervertragliche Schaden, den der Versicherte erlitten oder verursacht hat
 - die Vertragsverletzung bzw. angebliche Vertragsverletzung;
 - die Verletzung bzw. angebliche Verletzung von Gesetzesvorschriften;
 - erste Untersuchungshandlung bei der Strafverteidigung wegen Fahrlässigkeitsdelikten und Zuwiderhandlungen bezogen auf das Sicherheitspaket, unter Ausschluss von fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung
 - erste Handlung zur verwaltungsrechtlichen Prüfung bei der Anfechtung verwaltungsrechtlicher Sanktionen.
2. Bei Vorliegen mehrerer Schadenereignisse derselben Art ist das Schadeneintrittsdatum das Datum, an dem das erste Schadenereignis eingetreten ist.
3. Ein oder mehrere Schadenereignisse, die miteinander verbunden sind oder miteinander im Zusammenhang stehen oder auf denselben Kontext zurückzuführen sind, auch wenn mehrere Subjekte involviert sind, gelten als ein Schadensfall und das Eintrittsdatum entspricht dem Datum, an dem das erste Schadenereignis eingetreten ist.

Beispiel für das Schadeneintrittsdatum im Falle eines erlittenen außervertraglichen Schadens

Der Versicherte wird in den Social Medias verleumdet und will von dem Verantwortlichen Schadenersatz fordern. Das Schadeneintrittsdatum ist das Datum, an dem die verletzenden Inhalte veröffentlicht wurden.

Beispiel für das Schadeneintrittsdatum im Falle einer Gesetzesverletzung

Der Versicherte erhält einen Ermittlungsbescheid für eine Straftat, die angeblich im Februar des Vorjahres begangen wurde. Das Schadeneintrittsdatum ist das Datum, an dem die Straftat begangen worden sein soll (Februar des Vorjahres).

Der Inhalt dieses Kästchens hat keinen Vertragswert.

ART. 7.4 – VERTRAGSLÖSUNG

1. Ergeht gegen den Versicherungsnehmer eine Erklärung auf Beschränkung der Geschäftsfähigkeit oder ein Berufsverbot, erlischt der Vertrag von Rechts wegen ab dem Datum, an dem die besagte Erklärung wirksam wird.
2. Der Geschäftssitz des Versicherungsnehmers muss in der Italienischen Republik liegen. Bei Verlegung des Geschäftssitzes in ein anderes Land als die Italienische Republik wird der Vertrag von Rechts wegen ab dem Datum der Verlegung gelöst. Im Falle der ausbleibenden oder verspäteten Mitteilung der Verlegung des Geschäftssitzes behält sich ARAG das Recht vor, vom Versicherungsnehmer die Rückerstattung sämtlicher eventuell getragener Kosten zu verlangen.



3. Im Falle einer vorgezogenen Vertragslösung erstattet ARAG dem Versicherungsnehmer den bezahlten und nicht genutzten Nettoprämienanteil (ohne Steuern).

KAPITEL 8 - Wie kann ich den Vertrag kündigen?

Art. 8.1 – KÜNDIGUNG DES VERTRAGES

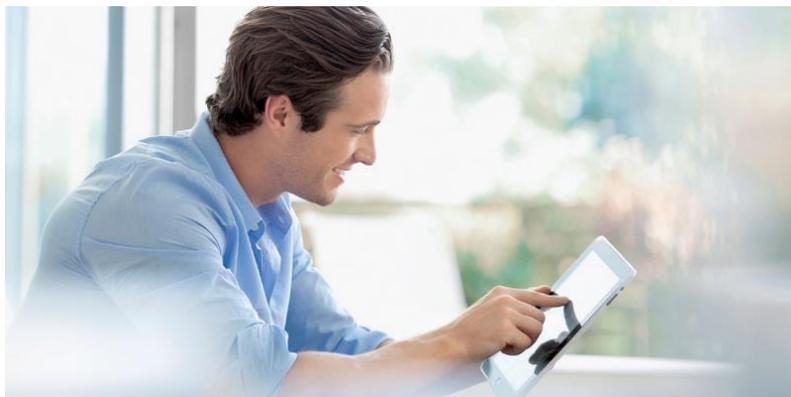
Der Vertrag kann mit einem Einschreiben mit Rückantwort oder gesetzlich gleichwertigen Kommunikationsmitteln mit einer Vorankündigung von mindestens 30 Tagen vor der in der Police vorgesehenen Fälligkeit gekündigt werden.

Art. 8.2 – RÜCKTRITT IM SCHADENSFALL

1. Nach jeder Meldung eines Schadens und bis zum 30. Tag nach Mitteilung seiner Archivierung können der Versicherungsnehmer und ARAG mit einer Vorankündigung von mindestens 15 Tagen vor Wirksamkeit der Kündigung per Einschreiben mit Rückantwort oder gesetzlich gleichwertigen Kommunikationsmitteln vom Vertrag zurücktreten.

2. Dem Versicherungsnehmer steht die Rückerstattung des bezahlten und nicht genutzten Nettoprämienanteils zu.

Für Sie als ARAG-Kunde, zum Schutz Ihrer Rechte:



ARAGTEL

Zu den Sachgebieten, die in der Police vorgesehen sind, kann der Versicherte die kostenlose Nummer



anrufen, um allgemeine Informationen zu folgenden Aspekten zu erhalten:

- Verträge und außervertragliche Haftung
- geltende Gesetze, Verordnungen und Bestimmungen
- vorgesehene Auflagen im Falle von zivil-, straf- und verwaltungsrechtlichen Verfahren
- Informationen über den Inhalt und den Umfang der vorgesehenen Versicherungsleistungen
- Modalitäten der Schadensmeldung und notwendige Unterlagen.

ARAGTEL ist aktiv:

- Montag – Donnerstag: 09:00-13:00 Uhr; 14:00 - 17:00 Uhr
- Freitag: 09:00 - 13:00 Uhr

Nach der Anmeldung im Kundenbereich auf der Webseite www.arag.it, stehen dem Versicherten auf der Seite „Dienstleistungen“ zur Verfügung:

Das DOKUMENTENARCHIV

Eine Sammlung rechtlicher Vorlagen wie z.B. Verträge, Anträge und Eigenerklärungen.

Die gewünschte Vorlage kann heruntergeladen und bedarfsgerecht angepasst werden, auch unter Verwendung einer geführten Online-Ausfüllhilfe.

JURISTISCHE LEITFÄDEN

Praktische Informationen und Tipps, allgemeinverständlich formuliert, um sich besser zurechtzufinden und um die geltenden Bestimmungen in verschiedenen Bereichen besser zu verstehen.

So können konsultiert und heruntergeladen werden:

- **Juristische Reiseleitfäden**, in denen die gesetzlichen Besonderheiten verschiedener, von italienischen Reisenden vielbesuchter Länder der Welt zusammengefasst sind.
- **Juristische Leitfäden zum Thema Straßenverkehr**, in denen die geltenden Bestimmungen unseres Landes zusammengefasst sind: die wichtigsten Regeln, die Fälle, in denen der Führerschein entzogen, ausgesetzt oder widerrufen wird, die Funktionsweise des Punkteführerscheins und vieles mehr.
- **Juristische Leitfäden für das Privatleben**, die nützlich sein können, um sich zurechtzufinden und um die eigenen Rechte im Alltag besser verteidigen zu können.

Besuchen Sie die Webseite www.arag.it und entdecken Sie im Kundenbereich, was wir Ihnen alles anbieten.



ANLAGE GESETZLICHE BESTIMMUNGEN

Hier die wichtigsten Artikel des ital. ZGB, die auf den Vertrag anwendbar sind.

ART. 1341 - Allgemeine Vertragsbedingungen. Die von einer der Vertragsparteien im Voraus aufgestellten allgemeinen Vertragsbedingungen sind gegenüber der anderen wirksam, wenn diese sie zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses kannte oder unter Anwendung normaler Sorgfalt hätte kennen müssen.

Wenn sie nicht einzeln schriftlich angenommen werden, sind auf jeden Fall jene Bedingungen unwirksam, die zugunsten dessen, der sie im Voraus aufgestellt hat, Haftungsbeschränkungen, die Möglichkeit zum Rücktritt vom Vertrag oder zur Aussetzung seiner Ausführung festlegen oder die zu Lasten der anderen Vertragspartei Verwirkungen, Beschränkungen der Möglichkeit zur Erhebung von Einwendungen, Einschränkungen der Vertragsfreiheit in den Beziehungen zu Dritten, die stillschweigende Verlängerung oder Erneuerung des Vertrages, Schiedsklauseln oder Abweichungen von der Zuständigkeit der Gerichte festlegen.

ART. 1342 - Vertragsabschluss mittels Formblätter oder Vordrucke. Bei Verträgen, die mittels Unterzeichnung von Formblättern oder Vordrucken geschlossen werden, die zur einheitlichen Regelung bestimmter Vertragsverhältnisse im Voraus erarbeitet wurden, gehen die dem Formblatt oder dem Vordruck hinzugefügten Klauseln den mit ihnen unvereinbaren Klauseln des Formblatts oder des Vordrucks vor, auch wenn letztere nicht gestrichen wurden.

Zu beachten sind außerdem die Bestimmungen des zweiten Absatzes des vorhergehenden Artikels.

ART. 1892 – Abgabe unrichtiger Erklärungen und das Verschweigen von Tatsachen unter Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit. Gibt der Versicherungsnehmer unrichtige Erklärungen ab und verschweigt Tatsachen, die Umstände betreffen, unter denen der Versicherer bei Kenntnis des wahren Sachverhalts seine Zustimmung gar nicht oder nicht zu denselben Bedingungen gegeben hätte, ist dies ein Grund für die Nichtigerklärung des Vertrages, wenn der Versicherungsnehmer vorsätzlich oder grob fahrlässig gehandelt hat.

Der Versicherer verliert seinen Anspruch auf Anfechtung des Vertrages, wenn er nicht innerhalb von drei Monaten ab dem Tag, an dem er von der Unrichtigkeit der Erklärung oder dem Verschweigen der Tatsachen erfahren hat, gegenüber dem Versicherungsnehmer seine Absicht zur Anfechtung erklärt.

Der Versicherer hat Anspruch auf die Prämien für den Versicherungszeitraum, während dessen er die Nichtigerklärung beantragt hat, und in jedem Fall auf die für das erste Jahr vereinbarte Prämie. Tritt der Schadensfall vor Ablauf der im vorhergehenden Absatz angegebenen Frist ein, ist er nicht zur Zahlung der Versicherungssumme verpflichtet.

Betrifft die Versicherung mehrere Personen oder mehrere Sachen, so bleibt der Vertrag hinsichtlich jener Personen oder jener Sachen gültig, auf die sich die unrichtige Erklärung oder das Verschweigen von Tatsachen nicht bezieht.

ART. 1893 - Unrichtige Erklärungen und Verschweigen von Tatsachen ohne Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit. Hat der Versicherungsnehmer ohne Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit gehandelt, sind die unrichtigen Erklärungen und das Verschweigen von Tatsachen kein Grund für eine Nichtigerklärung des Vertrages. Der Versicherer kann jedoch vom Vertrag durch eine Erklärung zurücktreten, die er dem Versicherten gegenüber innerhalb von drei Monaten ab dem Tag abzugeben hat, an dem er von der Unrichtigkeit der Erklärung oder dem Verschweigen einer Tatsache erfahren hat.

Tritt der Schadensfall ein, bevor dem Versicherer die Unrichtigkeit der Erklärung oder das Verschweigen einer Tatsache bekannt geworden ist oder bevor dieser seinen Rücktritt vom Vertrag erklärt hat, wird die geschuldete Summe in demselben Verhältnis gekürzt, in dem die vereinbarte Prämie zu der Prämie steht, die bei Kenntnis des wahren Sachverhalts berechnet worden wäre.

ART. 1897 - Verringerung des Risikos. Teilt der Versicherungsnehmer dem Versicherer Änderungen mit, die das Risiko derart verringern, dass sie, sofern sie bei Vertragsabschluss bekannt gewesen wären, zur Vereinbarung einer niedrigeren Prämie geführt hätten, darf der Versicherer von der Fälligkeit der Prämie oder der Prämienrate an, die auf die besagte Mitteilung folgt, nur noch die niedrigere Prämie verlangen, ist jedoch berechtigt, innerhalb von zwei Monaten ab dem Tag, an dem er die Mitteilung erhielt, vom Vertrag zurückzutreten.

Die Erklärung des Rücktritts vom Vertrag wird nach einem Monat wirksam.

ART. 1898 - Erhöhung des Risikos. Der Versicherungsnehmer ist verpflichtet, dem Versicherer Änderungen sofort mitzuteilen, die das Risiko derart erhöhen, dass, wenn der neue Sachverhalt bei Vertragsabschluss bereits vorgelegen hätte und dem Versicherer bekannt gewesen wäre, der Versicherer einer Versicherung gar nicht oder nur gegen eine höhere Prämie zugestimmt hätte.

Der Versicherer kann vom Vertrag zurücktreten, indem er dem Versicherten innerhalb eines Monats ab dem Tag, an dem er die Mitteilung erhalten oder anderweitig von der Erhöhung des Risikos erfahren hat, eine entsprechende schriftliche Mitteilung macht.

Der Rücktritt des Versicherers hat sofortige Wirkung, wenn die Risikoerhöhung derart beschaffen ist, dass der Versicherer einer Versicherung gar nicht zugestimmt hätte; er erlangt Wirkung nach fünfzehn Tagen, wenn die Risikoerhöhung derart beschaffen ist, dass für die Versicherung eine höhere Prämie verlangt worden wäre.

Der Versicherer hat Anspruch auf die Prämien für den Versicherungszeitraum, in dem die Rücktrittserklärung mitgeteilt wird.

Tritt der Schadensfall vor Ablauf der Fristen für die Mitteilung und die Wirksamkeit des Rücktritts ein, haftet der Versicherer nicht für den Schadensfall, wenn die Risikoerhöhung derart beschaffen ist, dass er, sofern der neue Sachverhalt bei Vertragsabschluss bereits bestanden hätte, einer Versicherung gar nicht zugestimmt hätte; ansonsten wird der geschuldete Betrag unter Berücksichtigung des Verhältnisses zwischen der vertraglich festgesetzten Prämie und der Prämie, die festgesetzt worden wäre, wenn das höhere Risiko bei Vertragsabschluss bereits bestanden hätte, verringert.



ART. 1900 - Schadensfälle, die vom Versicherten oder von diesem abhängigen Personen mit Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit verursacht werden. Der Versicherer haftet nicht für Schadensfälle, die durch Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit des Versicherungsnehmers, des Versicherten oder des Begünstigten verursacht worden sind, es sei denn, es besteht eine gegenteilige Abmachung für Fälle grober Fahrlässigkeit.

Der Versicherer haftet für den Schaden, der durch Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit von Personen verursacht worden ist, für deren Handeln der Versicherte verantwortlich ist.

Er haftet außerdem, auch im Falle gegenteiliger Abmachung, für Schadensfälle, die aus Handlungen des Versicherungsnehmers, des Versicherten oder des Begünstigten stammen, die aus Solidarität mit den Mitmenschen oder zur Wahrung gemeinsamer Interessen mit dem Versicherer vorgenommen wurden.

ART. 1901 - Nichtbezahlung der Prämie. Bezahlte der Versicherungsnehmer die Prämie oder die erste vertraglich festgelegte Prämienrate nicht, bleibt die Versicherung bis vierundzwanzig Uhr des Tages ausgesetzt, an dem der Versicherungsnehmer seine Schuld begleicht.

Zahlt der Versicherungsnehmer die Folgeprämien zu den festgelegten Fälligkeiten nicht, bleibt die Versicherung ab vierundzwanzig Uhr des fünfzehnten auf die Fälligkeit folgenden Tages ausgesetzt.

In den in den beiden vorhergehenden Absätzen beschriebenen Fällen ist der Vertrag von Gesetz wegen gelöst, wenn der Versicherer nicht innerhalb von sechs Monaten ab Fälligkeit der Prämie oder der Rate die Eintreibung einklagt; der Versicherer hat lediglich Anspruch auf Zahlung der Prämie für den laufenden Versicherungszeitraum und auf Kostenerstattung. Die vorliegende Bestimmung gilt nicht für Lebensversicherungen.

ART. 1907 - Unterversicherung. Deckt die Versicherung den Wert, den die versicherte Sache bei Eintritt des Schadensfalles hat, nur teilweise ab, haftet der Versicherer für die Schäden proportional zum genannten Teil, sofern nichts anderes vereinbart wurden.

ART. 1910 - Versicherung bei verschiedenen Versicherern. Wurden für dasselbe Risiko mehrere Versicherungsverträge getrennt bei verschiedenen Versicherern abgeschlossen, muss der Versicherte jeden Versicherer über alle Versicherungen informieren.

Unterlässt der Versicherte diese Benachrichtigung absichtlich, sind die Versicherer nicht zur Zahlung der Entschädigung verpflichtet.

Im Schadensfall muss der Versicherte alle Versicherer gemäß Artikel 1913 benachrichtigen und jedem von ihnen die Namen der anderen angeben. Der Versicherte kann von jedem Versicherer die entsprechende, vertraglich geschuldete Entschädigung fordern, solange die eingekommenen Beträge in der Summe den Betrag des Schadens nicht übersteigen.

Der Versicherer, der gezahlt hat, hat das Regressrecht gegenüber den anderen zur proportionalen Aufteilung der Entschädigungen, die gemäß der einzelnen Verträgen geschuldet sind. Ist ein Versicherer zahlungsunfähig, wird sein Anteil unter den anderen Versicherern aufgeteilt.

ART. 1916 - Recht des Versicherers auf Einsetzung. Der Versicherer, der eine Entschädigung gezahlt hat, wird bis zum entsprechenden Betrag in die Rechte des Versicherten gegenüber haftenden Dritten eingesetzt.

Mit Ausnahme von Vorsatz, findet die Einsetzung nicht statt, wenn der Schaden von Kindern, Vorfahren, anderen Verwandten oder Verschwägerten des Versicherten, die fest mit ihm in häuslicher Gemeinschaft leben, oder von Hausangestellten verursacht wurde.

Der Versicherte haftet gegenüber dem Versicherer für die Beeinträchtigung des Rechtes auf Einsetzung.

Die Bestimmungen dieses Artikels finden auch auf Versicherungen gegen Arbeitsunfälle und gegen zufällige Unglücksfälle Anwendung.

ART. 1917 – Haftpflichtversicherung.

In der Haftpflichtversicherung ist der Versicherer verpflichtet, den Versicherten im Hinblick darauf schadlos zu halten, was dieser infolge eines Ereignisses, das im Versicherungszeitraum eingetreten ist, an einen Dritten zahlen muss, aufgrund der im Vertrag geregelten Haftpflicht. Davon ausgeschlossen sind Schäden aus vorsätzlichen Handlungen.

Der Versicherer kann, nach entsprechender Mitteilung an den Versicherten, die geschuldete Entschädigung direkt an den geschädigten Dritten zahlen; er ist zur Direktzahlung verpflichtet, wenn der Versicherte sie verlangt.

Klagt der Geschädigte gegen den Versicherten, gehen die Abwehrkosten bis zu einem Viertel der Versicherungssumme zu Lasten des Versicherers.

Wird dem Geschädigten allerdings ein Betrag geschuldet, der über die Versicherungssumme hinausgeht, sind die Verfahrenskosten zwischen Versicherer und Versicherten im Verhältnis zum jeweiligen Interesse aufzuteilen.

Wird der Versicherte vom Geschädigten verklagt, kann er den Versicherer zum Streit beziehen.

ART. 1965 – Begriff. (des Vergleichs)

Der Vergleich ist der Vertrag, mit dem die Parteien durch gegenseitige Zugeständnisse einen bereits angefangenen Rechtsstreit beenden oder einem potentiellen Rechtsstreit zuvorkommen.

Durch die gegenseitigen Zugeständnisse können auch andere Rechtsverhältnisse begründet, verändert oder aufgehoben werden, als die, die Gegenstand der Forderung und der Streits zwischen den Parteien waren.

ART. 2952 Absatz 2 - Verjährung im Versicherungsbereich. ... *omissis* ... Die anderen Ansprüche aus dem Versicherungsvertrag und dem Rückversicherungsvertrag verjähren in zwei Jahren ab dem Tag, an dem sich der Vorfall ereignet hat, auf den sich der Anspruch gründet, mit Ausnahme des Lebensversicherungsvertrags, dessen Ansprüche in zehn Jahren verjähren.

Systeme zur Beilegung von Streitfällen in der außergerichtlichen Phase

Schiedsgericht: Beauftragung einer oder mehrerer unparteiischer Subjekte (Schiedsrichter) zur Lösung eines Streitfalles durch eine für die Parteien bindende Entscheidung (Schiedsspruch) (Art. 806 – 840 der ital. Zivilprozessordnung).



Mediation: Professionelle Tätigkeit eines unparteiischen Subjektes (Mediationsstelle) zur Herbeiführung einer Einigung zwischen zwei oder mehr streitenden Parteien oder zur Formulierung eines Vorschlags zur Konfliktlösung (Gesetzesverordnung Nr. 28 vom 4. März 2010).

Übereinkommen mit anwaltlicher Beteiligung: Abkommen, mit dem die streitenden Parteien mit anwaltlicher Unterstützung auf dem gütlichen Wege eine Streitfrage lösen (Gesetzesdekret Nr. 132 vom 12. September 2014).



Assicurazione Tutela Legale per chi gestisce e amministra le imprese o ha ruoli di responsabilità

Condizioni di assicurazione comprensive di Glossario

Impresa: ARAG SE Rappresentanza Generale e Direzione per l'Italia

Prodotto: ARAG Tutela Legale Executive -v.2 Ed.07/2024

Contratto redatto secondo le Linee guida IVASS "Contratti Semplici e Chiari"

GLOSSARIO

ARAG: ARAG SE Rappresentanza Generale e Direzione per l'Italia

Assicurato: soggetto a favore del quale operano le garanzie previste dalla polizza

Carenza: periodo in cui i sinistri non sono coperti e che decorre dall'efficacia della copertura assicurativa

Contraente: soggetto che stipula e sottoscrive il contratto di assicurazione

Costituzione di parte civile: azione civile di risarcimento, promossa nel processo penale, dal soggetto danneggiato da un reato

Decisione passata in giudicato: sentenza divenuta definitiva sulla quale nessun giudice può nuovamente decidere

Esecuzione forzata: l'attuazione in via coattiva del diritto del creditore nei confronti del debitore (es. pignoramento dei beni)

Fase giudiziale: fase della vertenza che si svolge davanti all'autorità giudiziaria

Fase stragiudiziale: fase della vertenza finalizzata al raggiungimento di un accordo tra le parti senza l'intervento dell'autorità giudiziaria, come ad esempio la mediazione e la negoziazione assistita

Fatto illecito: azione od omissione contraria all'ordinamento giuridico, violazione di un dovere o di un obbligo imposti da una norma di legge

Fatturato: l'importo del volume di affari indicato dal contraente nella dichiarazione IVA relativa all'annualità precedente alla stipula della polizza.

Pacchetto sicurezza: normative in materia di Tutela della salute e della sicurezza nei luoghi di lavoro, Sicurezza alimentare, Tutela dell'ambiente, Protezione dei dati personali, Responsabilità amministrativa da reato delle società e degli enti.

Periodo di tolleranza: il numero di giorni, indicato sulla scheda di polizza, durante i quali le garanzie continuano ad operare anche se il contraente non ha pagato alla scadenza prevista la rata di premio successiva alla prima o il premio di rinnovo di una polizza con tacito rinnovo

Perito: esperto che svolge un accertamento tecnico (perizia) incaricato da una delle parti della vertenza nella fase stragiudiziale o giudiziale (CTP consulente tecnico di parte) oppure incaricato dal giudice (CTU consulente tecnico d'ufficio).

Premio: somma di denaro pagata dal contraente alla compagnia di assicurazione come corrispettivo della copertura assicurativa

Prescrizione: estinzione di un diritto che avviene quando il suo titolare non lo esercita entro il periodo di tempo indicato dalla legge

Reati: si distinguono in **delitti** (dolosi o colposi) per i quali è prevista la sanzione penale della reclusione e/o della multa e in **contravvenzioni** (reati di minore gravità) per i quali è prevista la sanzione penale dell'arresto e/o ammenda

Responsabilità contrattuale: la responsabilità della parte di un contratto che non adempie o adempie parzialmente alle obbligazioni assunte verso l'altra parte contrattuale

Responsabilità extracontrattuale: la responsabilità in capo al soggetto che, commettendo un fatto illecito, provoca ad altri un danno ingiusto

Rischio cyber: violazione di legge o di contratto commessa con strumenti informatici o telematici che impedisce l'accesso, blocca, danneggia, distrugge sistemi o strumenti informatici o cattura o divulga i dati in essi contenuti

Sanzione amministrativa: sanzione prevista per la violazione di una norma giuridica in ambito amministrativo

Scoperto: è la somma a carico dell'assicurato dedotta dall'importo che la compagnia paga per le spese di sinistri liquidati a termini di polizza

Sinistro: l'evento dannoso per il quale è prestata l'assicurazione

Spese di soccombenza: spese che, con sentenza del giudice sono poste a carico del soccombente per rimborsare le spese sostenute dalla controparte

Spese di giustizia: le spese come definite dal D.P.R. n. 115/2002 e successive modifiche

Vertenza: conflitto di pretese tra assicurato e controparte oppure altro procedimento di natura civile, penale o amministrativa

SEZIONE 1 - Che cosa è assicurato?

Art. 1.1 – SPESE GARANTITE DAL CONTRATTO

TUTELA LEGALE

1. Quando l'assicurato è coinvolto in una vertenza, ARAG, nei limiti stabiliti dalla polizza, assicura:

- i compensi dell'avvocato per la trattazione stragiudiziale e giudiziale della vertenza
- i compensi dell'avvocato per la querela o denuncia solo **se, a seguito di questa, la controparte è rinviata a giudizio in sede penale**
- le spese di soccombenza poste a carico dell'assicurato a conclusione di un giudizio
- le spese dell'organismo di mediazione **quando la mediazione è obbligatoria**
- le spese per l'arbitrato, sia dell'avvocato difensore che per gli arbitri
- le spese di esecuzione forzata **fino a due casi**
- i compensi del perito
- le spese di giustizia
- le spese di indagine

I compensi e le spese sono garantiti, nei limiti stabiliti dalla polizza, anche:

- per l'accertamento tecnico preventivo
- o quando l'assicurato è chiamato come testimone o persona informata sui fatti **se consegue un procedimento penale a suo carico coperto dalla polizza.**

2. I compensi sono garantiti per l'intervento di un solo avvocato per ogni grado di giudizio.

Art. 1.2 – ASSICURATI

1. Gli assicurati sono il contraente e **se indicati nella scheda di polizza:**

- gli amministratori anche in qualità di legali rappresentanti
- i sindaci
- i revisori
- i membri dell'organismo di vigilanza
- i quadri, dirigenti, i procuratori speciali, i responsabili protezione dati e i responsabili o preposti del servizio di prevenzione e protezione anche in qualità di preposti in materia di Tutela della salute e della sicurezza nei luoghi di lavoro.

Sono assicurati tutti i soggetti che rivestono per conto del contraente i ruoli indicati nella scheda di polizza durante il periodo di efficacia della copertura assicurativa.

2. Per le garanzie della sezione **Tutela Circolazione** gli assicurati sono coperti come:

- proprietari, conducenti o trasportati di qualsiasi veicolo
- pedoni o ciclisti.

3. Nel caso di vertenze tra assicurati le garanzie operano unicamente a favore del contraente.

4. Il contraente può opporsi alla attivazione della copertura a favore degli assicurati se rileva un conflitto di interessi.

Art. 1.3 – AMBITO DI OPERATIVITA' DELLE GARANZIE

Le garanzie della **sezione Tutela Azienda** operano per i sinistri relativi ed inerenti:

- l'attività d'impresa assicurata svolta dal contraente e **descritta nella scheda di polizza**
- l'attività svolta dagli assicurati **su incarico del contraente;**

Le garanzie della **sezione Tutela Circolazione** operano per i sinistri relativi ed inerenti:

- la circolazione stradale, anche durante la vita privata, di veicoli condotti dai soggetti assicurati
- anche nei casi di violazione della normativa in materia di guida sotto l'influenza dell'alcool o in stato di alterazione psico-fisica per uso di sostanze stupefacenti o psicotrope se l'uso terapeutico di queste sostanze è comprovato da prescrizione medica.

In ogni ambito è coperto il rischio cyber.

Le garanzie non operano per attività inerenti o connesse al trattamento o smaltimento dei rifiuti svolte dal contraente che ha codice ATECO 38 o 39, primario o secondario, o che ha queste attività nel proprio oggetto sociale. La **limitazione vale anche se i sinistri riguardano la normativa in materia di Tutela dell'ambiente.**

Art. 1.4 – GARANZIE

Le garanzie operano con i massimali e i limiti indicati nella scheda di polizza.

TUTELA AZIENDA

2. **Difesa penale in procedimenti per delitti colposi e contravvenzioni**, anche relativi alla materia fiscale e amministrativa e al **Pacchetto sicurezza**, compresa la difesa nei procedimenti avanti al Giudice penale per responsabilità amministrativa delle persone giuridiche. Sono inoltre coperte le spese per il dissequestro dei beni personali degli assicurati e di quelli necessari all'attività assicurata.



2. Difesa penale in procedimenti per delitti dolosi, anche relativi alla materia fiscale e amministrativa e al **Pacchetto sicurezza**, compresa la difesa nei procedimenti avanti al Giudice penale per responsabilità amministrativa delle persone giuridiche. Sono inoltre coperte le spese per il dissequestro dei beni necessari all'attività assicurata.

La garanzia opera quando:

- l'assicurato è assolto con decisione passata in giudicato
- il reato è derubricato da doloso a colposo
- il procedimento è archiviato per infondatezza della notizia di reato o perché il fatto non è previsto dalla legge come reato
- il procedimento si conclude con applicazione della pena su richiesta delle parti (patteggiamento) o il reato si estingue per prescrizione.

La garanzia non opera nei casi di estinzione del reato per qualsiasi altra causa

ARAG può pagare un anticipo delle spese garantite fino al limite indicato nella scheda di polizza.

3. Richiesta di risarcimento per danni extra contrattuali subiti per fatti illeciti di terzi compresa la costituzione di parte civile nel procedimento penale. Se il danno è subito via web in conseguenza di una violazione di natura penale da parte del terzo, sono riconosciute anche le spese necessarie per modificare o eliminare i contenuti della pubblicazione lesiva.

4. Resistenza alla richiesta per danni extracontrattuali avanzata da terzi nei confronti dell'assicurato, per spese di resistenza e soccombenza, dopo l'esaurimento del massimale dovuto per legge e per contratto dall'assicuratore di responsabilità civile.

5. Chiamata in causa della compagnia di responsabilità civile o dei fornitori del contraente esclusivamente per la redazione degli atti funzionali alla chiamata in causa. La garanzia non opera nel caso in cui la compagnia di responsabilità civile contesta il mancato pagamento o adeguamento del premio del contratto o il ricevimento della denuncia del sinistro oltre i termini di prescrizione. In questi casi l'assicurato è obbligato a restituire le spese anticipate da ARAG. ARAG richiede all'assicurato la documentazione probatoria in merito alle circostanze sopra elencate.

TUTELA CIRCOLAZIONE

1. Richiesta di risarcimento per danni extra contrattuali subiti per fatti illeciti di terzi compresa la costituzione di parte civile nel procedimento penale.

2. Difesa penale in procedimenti per delitti colposi e contravvenzioni connessi ad incidente stradale compresi i reati di omicidio stradale o lesioni personali stradali gravi o gravissime.

3. Istanza di dissequestro del veicolo sequestrato in seguito ad incidente stradale.

4. Anticipo della cauzione penale in caso di arresto, minaccia di arresto o di altra misura restrittiva della libertà personale applicata per responsabilità connessa ad incidente stradale avvenuto all'estero. **ARAG anticipa la cauzione penale se l'assicurato fornisce adeguate garanzie di restituzione della somma entro un mese dalla data di erogazione.**

5. Assistenza di un interprete in sede di interrogatorio, in caso di arresto, detenzione e/o altra misura restrittiva della libertà personale applicata per responsabilità connessa ad incidente stradale verificatosi all'estero.

6. Ricorso contro le sanzioni amministrative:

- pecuniarie
- accessorie di ritiro, sospensione o revoca della patente di guida

inflitte per violazioni al Codice della Strada **in seguito ad incidente stradale e connesse allo stesso.**

Se non c'è incidente stradale, la garanzia opera se il ricorso è accolto, anche parzialmente.

Art. 1.5 – OPZIONE DECIDI TU!

Se scelta l'Opzione Decidi Tu!, i compensi dell'avvocato per la fase giudiziale sono pagati da ARAG:

- applicando lo scoperto del 20% con un minimo di € 1.000 ed un massimo di € 2.500;
- senza applicare lo scoperto, se l'assicurato nomina l'avvocato proposto da ARAG; in questo caso il massimale di tutela legale per sinistro è aumentato del 50%, fermo il massimale per anno assicurativo se esistente.

Art. 1.6 – GARANZIE FACOLTATIVE (operano se acquistate)

Operano con i massimali e i limiti indicati nella scheda di polizza.

La garanzia facoltativa **Impugnazione di sanzioni amministrative in procedimenti fiscali e tributari** opera solo per il contraente; le altre garanzie facoltative operano per tutti gli assicurati.

RETROATTIVITÀ

1. Le garanzie di difesa penale per delitti dolosi, colposi e contravvenzioni operano per atti, fatti o comportamenti avvenuti anteriormente alla data di effetto del contratto **se conosciuti dall'assicurato dopo questa data.** Gli anni di retroattività sono indicati nella scheda di polizza.



2. Se il contraente ha stipulato un precedente contratto di tutela legale, si impegna a denunciare i sinistri avvenuti prima della conclusione del presente contratto anche alla compagnia presso la quale era precedentemente assicurato.
3. Se il sinistro è coperto da un altro contratto sottoscritto dal contraente con ARAG, la presente garanzia facoltativa non è operativa.
4. La retroattività non opera per sinistri connessi alla circolazione stradale.

TUTELA PENALE MONDO escluso USA e Canada

La Difesa penale per delitti colposi e contravvenzioni o per delitti dolosi è **garantita in tutto il mondo escluso USA e Canada**.

IMPUGNAZIONE DI SANZIONI AMMINISTRATIVE

2. Impugnazione di sanzioni amministrative, compresa l'impugnazione dei provvedimenti del **Pacchetto sicurezza** e le azioni a difesa degli interessi dell'assicurato dinanzi all'autorità competente per la Protezione dei dati personali.

2. Per le sanzioni pecuniarie **la garanzia opera se il valore è pari o superiore a € 250**.

3. Per i procedimenti tributari e fiscali **la garanzia opera**, senza limite di valore, **a rimborso e solo se il ricorso è accolto, anche parzialmente**.

4. Per le sanzioni amministrative inflitte da Ivass, Consob e Banca d'Italia **la garanzia opera con il limite di € 5.000**.

DENUNCIA SINISTRI POSTUMA

La denuncia del sinistro deve:

- **avvenire nel termine massimo degli anni indicati nella scheda di polizza dalla data di cessazione del contratto o di eventuali altri contratti conclusi con ARAG ed emessi successivamente senza interruzione della copertura assicurativa per lo stesso rischio**
- **e comunque essere presentata tempestivamente ad ARAG nel momento in cui l'assicurato ne ha conoscenza, e in ogni caso nel rispetto del termine di prescrizione previsto dalla legge.**

SEZIONE 2 - Che cosa non è assicurato?

Art. 2.1 – SPESE NON GARANTITE DAL CONTRATTO

ARAG non garantisce la copertura di:

- compensi dell'avvocato determinati tramite patti quota lite
- spese per l'indennità di trasferta
- compensi dell'avvocato duplicati in caso di domiciliazione
- spese di esecuzione forzata oltre il secondo tentativo per sinistro
- imposte, tasse e altri oneri fiscali diversi dalle Spese di giustizia
- multe, ammende, sanzioni pecuniarie in genere
- spese liquidate a favore delle parti civili costituite contro l'assicurato nei procedimenti penali
- spese dell'organismo di mediazione quando la mediazione non è obbligatoria
- compensi dell'avvocato per la querela se la controparte non è rinviata a giudizio in sede penale
- spese ripetibili dalla controparte
- spese non concordate con ARAG.

Art. 2.2 – ESCLUSIONI

Se nel contratto non è previsto diversamente, le garanzie, anche quelle facoltative, non operano per sinistri conseguenti o relativi:

- 1) al diritto di famiglia, delle successioni e delle donazioni
- 2) alla materia fiscale o amministrativa
- 3) a tumulti o sommosse popolari, eventi bellici, atti di terrorismo o di vandalismo, terremoto, sciopero, serrate, detenzione od impiego di sostanze radioattive
- 4) ad attività del settore nucleare, a danni nucleari o genetici causati dall'assicurato, ad eccezione dei sinistri conseguenti a trattamenti medici
- 5) ad eventi per i quali venga riconosciuto lo stato di calamità naturale o di allarme
- 6) ai diritti di brevetto, marchio, autore, esclusiva o relativi a turbativa d'asta, concorrenza sleale o normativa antitrust
- 7) a compravendite di quote societarie o a vertenze tra amministratori e/o soci o tra questi e il contraente o a vertenze tra assicurati
- 8) a fatti dolosi delle persone assicurate
- 9) a fatti non accidentali che abbiano causato inquinamento dell'ambiente; questa esclusione non opera per la difesa penale o l'impugnazione di sanzioni amministrative derivanti dalla violazione della normativa in materia di Tutela dell'ambiente
- 10) a fusioni, modificazioni, trasformazioni societarie
- 11) alla compravendita o alla permuta di immobili. L'esclusione non opera se il contraente opera nel Settore Edilizia
- 12) ad interventi di costruzione ex novo degli edifici, compresi i connessi contratti di fornitura o posa in opera di materiali o impianti. L'esclusione non opera se il contraente opera nel Settore Edilizia
- 13) all'affitto d'azienda e ai contratti di leasing immobiliare
- 14) alla fabbricazione o alla commercializzazione di esplosivi o alla fabbricazione di armi o di equipaggiamento militare
- 15) ad attività inerenti o connesse al trattamento o smaltimento dei rifiuti svolte dal contraente che ha codice ATECO 38 o 39, primario o secondario, o che ha queste attività nel proprio oggetto sociale. L'esclusione vale anche per i sinistri che riguardano la normativa in materia di Tutela dell'ambiente
- 16) all'attività svolta da cooperative o da associazioni di consumatori
- 17) all'esercizio della professione o attività medica o di operatore sanitario o dall'attività di assistenza socio-sanitaria
- 18) all'impugnazione di sanzioni amministrative per il pagamento di tasse, tributi, imposte e corrispettivi di pubblici servizi
- 19) a contratti di mandato
- 20) alla proprietà o alla guida di imbarcazioni, aeromobili o veicoli che viaggiano su tracciato vincolato
- 21) all'attività svolta dal contraente di trasporto con imbarcazioni, aeromobili o veicoli che viaggiano su tracciato vincolato
- 22) all'attività di produzione di mangimi per animali svolta dal contraente
- 23) all'attività mineraria svolta dal contraente
- 24) all'attività di organizzazioni politiche o religiose svolta dal contraente
- 25) all'attività svolta dal contraente di ricerca e produzione di farmaci, preparati farmaceutici, dispositivi medici, prodotti diagnostici e vaccini
- 26) al fallimento, al concordato preventivo, alla liquidazione volontaria o coatta amministrativa, o ad altre procedure concorsuali a carico del contraente
- 27) a vertenze con ARAG
- 28) all'adesione ad azioni di classe (class action)
- 29) alla difesa penale per abuso di minori
- 30) a vertenze con la banca che intermedia il presente contratto.
- 31) a veicoli non omologati o utilizzati in difformità da immatricolazione o dalla carta di circolazione
- 32) a veicoli non coperti da assicurazione obbligatoria RCA
- 33) a casi in cui il conducente non è abilitato alla guida o ha i documenti di guida scaduti e non rinnovati entro 90 giorni dal sinistro
- 34) a casi di condanna con decisione passata in giudicato per guida sotto l'effetto di sostanze stupefacenti senza prescrizione medica
- 35) a casi di condanna con decisione passata in giudicato per omissione di fermata e assistenza
- 36) casi di violazione della normativa in materia di cronotachigrafo e limitatore della velocità salvo che il ricorso abbia esito positivo definitivo
- 37) a partecipazione a gare o competizioni sportive e relative prove, salvo si tratti di gare ACI di pura regolarità.

SEZIONE 3 - Ci sono limiti di copertura?

Art. 3.1 – SCOPERTO E AUMENTO DEL MASSIMALE PER L'OPZIONE DECIDI TU!

1. Se scelta l'Opzione Decidi Tu! i compensi dell'avvocato per la fase giudiziale sono pagate da ARAG:

- applicando lo scoperto del 20% con un minimo di € 1.000 ed un massimo di € 2.500;
- senza applicare lo scoperto, se l'assicurato nomina l'avvocato proposto da ARAG; in questo caso il massimale di tutela legale per sinistro è aumentato del 50%, fermo il massimale per anno assicurativo se esistente.

Esempio di applicazione dello scoperto del 20% per le spese della fase giudiziale

In un sinistro l'assicurato deve pagare compensi legali e peritali per un totale di € 12.000. Di queste spese € 7.000 sono per l'assistenza dell'avvocato in giudizio.

Applicando lo scoperto del 20%, ARAG pagherà per questa fase € 5.600 (€ 7.000 - 20%), e i rimanenti € 5.000 senza l'applicazione dello scoperto. Non rientra in garanzia l'importo residuo di € 1.400 (il 20% di € 7.000).

Esempio di applicazione dell'aumento del 50% del massimale se l'assicurato nomina l'avvocato proposto da ARAG

Il massimale per sinistro indicato nella scheda di polizza è di € 20.000. Se al momento del sinistro l'assicurato nomina l'avvocato proposto da ARAG, il massimale che ha a disposizione diventa di € 30.000 perché viene aumentato del 50%: € 20.000 + 50%.

Il contenuto del riquadro non ha valore contrattuale

Art. 3.2 – RIPARTIZIONE DEL MASSIMALE TRA PIU' ASSICURATI COINVOLTI NELLO STESSO SINISTRO

Se più assicurati sono coinvolti in uno stesso sinistro, la garanzia opera con un unico massimale che viene equamente ripartito tra tutti gli assicurati a prescindere dalle somme da ciascuno pagate. Se al momento della definizione del sinistro il massimale per sinistro non è esaurito, il residuo è ripartito in parti uguali tra agli assicurati che hanno ricevuto solo parzialmente il rimborso delle somme.

Art. 3.3 – VALORE MINIMO DELLA VERTENZA

1. L'impugnazione di sanzioni amministrative, escluse quelle relative a normative fiscali e tributarie, opera in caso di sanzioni pecuniarie se sono superiori a € 250.

Esempio di applicazione del valore minimo della vertenza

All'assicurato viene notificata una sanzione pecuniaria di € 200. La garanzia non opera in quanto il valore della sanzione è inferiore a € 250

Il contenuto del riquadro non ha valore contrattuale

Art. 3.4 – OPERATIVITA' DI ALCUNE GARANZIE

Il Ricorso contro le sanzioni amministrative della sezione Tutela Circolazione opera, in assenza di incidente stradale, se il ricorso è accolto anche parzialmente.

Art. 3.6 – OPERATIVITA' DELLE GARANZIE IN PRESENZA DI POLIZZA DI RESPONSABILITA' CIVILE

Se un assicuratore di responsabilità civile assume la gestione della lite per conto dell'assicurato, le garanzie del contratto operano in secondo rischio quindi dopo l'esaurimento del massimale dovuto per legge e per contratto dall'assicuratore di responsabilità civile.

SEZIONE 4 - Dove vale la copertura?

Art. 4.1 – TERRITORI DOVE OPERANO LE GARANZIE

Le garanzie operano nei territori di seguito indicati se in questi territori avviene il sinistro e si trova l'Ufficio Giudiziario di competenza.

Garanzie		Territori dove operano le garanzie
Tutela Azienda	<ul style="list-style-type: none"> Difesa penale per delitti colposi e contravvenzioni e per delitti dolosi Richiesta di risarcimento per danni extra contrattuali subiti per fatti illeciti di terzi Resistenza alla richiesta per danni extra contrattuali avanzata da terzi 	Europa Stati del Bacino del Mediterraneo
	<ul style="list-style-type: none"> Chiamata in causa della compagnia di responsabilità civile 	Unione Europea Città del Vaticano Repubblica di San Marino Principato di Monaco Svizzera Liechtenstein Regno Unito
Tutela Circolazione		Mondo
Garanzie facoltative	<ul style="list-style-type: none"> Impugnazione di sanzioni amministrative 	Repubblica Italiana Città del Vaticano Repubblica di San Marino
	<ul style="list-style-type: none"> Tutela penale mondo escluso USA e Canada 	Mondo escluso USA e Canada

SEZIONE 5 - Che obblighi ho? Quali obblighi ha ARAG?

Art. 5.1 – COME DENUNCIARE UN SINISTRO

- La denuncia del sinistro deve essere presentata tempestivamente ad ARAG nel momento in cui l'assicurato ne ha conoscenza, e in ogni caso nel rispetto del termine di prescrizione previsto dalla legge.
- La denuncia deve in ogni caso avvenire nel termine massimo di 24 mesi dalla data di cessazione del contratto o di eventuali altri contratti conclusi con ARAG ed emessi successivamente senza interruzione della copertura assicurativa per lo stesso rischio.
- L'assicurato deve informare ARAG in modo completo e veritiero di tutti i particolari del sinistro, fornire i relativi mezzi di prova e documenti, indicare l'eventuale esistenza di altri contratti assicurativi per lo stesso rischio e, su richiesta, metterli a disposizione.
- In mancanza, ARAG non può essere ritenuta responsabile di eventuali ritardi nella valutazione della copertura assicurativa o nella gestione del sinistro, nonché di eventuali prescrizioni o decadenze che dovessero intervenire.

Esempio di denuncia di un sinistro

L'assicurato che denuncia un nuovo sinistro ad ARAG invia:

- una descrizione dettagliata dei fatti con relativa cronologia
- eventuale documentazione a supporto della denuncia (es. la copia dell'avviso di garanzia)

Il contenuto del riquadro non ha valore contrattuale

Art. 5.2 – GESTIONE DEL SINISTRO E SCELTA DELL'AVVOCATO

- Ricevuta la denuncia del sinistro ARAG verifica la copertura assicurativa e la fondatezza delle ragioni dell'assicurato.
- La fase stragiudiziale è gestita da ARAG che si attiva per risolvere la vertenza con l'accordo delle parti, avvalendosi di personale interno qualificato oppure affidandone la gestione ad un avvocato di propria scelta.
- Per valutare la copertura assicurativa delle spese della fase giudiziale, comprese eventuali successive impugnazioni, ARAG verifica preventivamente l'idoneità delle prove e argomentazioni che l'assicurato ha l'onere di fornire.
- Per la fase giudiziale l'assicurato ha il diritto di scegliere un avvocato tra gli iscritti all'Albo; in caso di domiciliazione ARAG indica l'avvocato domiciliatario.
- L'incarico all'avvocato e al perito, che operano nell'interesse del proprio cliente, è conferito direttamente dall'assicurato, pertanto ARAG non è responsabile del loro operato.
- Le spese per gli accordi economici tra assicurato e avvocato, per la transazione della vertenza e per l'intervento del perito sono garantite solo se preventivamente autorizzate da ARAG.



7. ARAG può pagare direttamente i compensi del professionista incaricato dopo aver definito l'importo dovuto. Il pagamento avviene in esecuzione del contratto di assicurazione e senza che ARAG assuma alcuna obbligazione diretta verso il professionista

8. Se l'assicurato paga direttamente il professionista incaricato, ARAG rimborsa quanto anticipato dopo il ricevimento della documentazione comprovante il pagamento.

9. Il pagamento delle spese garantite avviene entro il termine di 30 giorni previa valutazione in ogni caso della congruità dell'importo richiesto.

Art. 5.3 – RESTITUZIONE DELLE SPESE ANTICIPATE

L'assicurato è obbligato a restituire le somme anticipate da ARAG:

- se rimborsate dalla controparte o da altro soggetto
- se il giudizio penale per delitti dolosi si conclude con sentenza, archiviazione o provvedimenti diversi da quelli indicati nella garanzia; questi documenti devono essere trasmessi tempestivamente ad ARAG
- per la Chiamata in causa della compagnia di responsabilità civile, se la compagnia di responsabilità civile contesta il mancato pagamento o adeguamento del premio del contratto o la denuncia del sinistro oltre i termini di prescrizione

Art. 5.4 – DISACCORDO CON ARAG PER LA GESTIONE DEL SINISTRO E CONFLITTO DI INTERESSI

1. In caso di disaccordo in merito alla gestione del sinistro tra l'assicurato e ARAG, la decisione può essere affidata ad un arbitro che decide secondo equità, scelto di comune accordo dalle parti o, in mancanza di accordo, dal presidente del tribunale competente per legge.

2. Ciascuna delle parti contribuisce alla metà delle spese arbitrali, quale che sia l'esito dell'arbitrato.

3. In via alternativa è possibile adire l'Autorità Giudiziaria, previo esperimento del tentativo di mediazione o di altro sistema di risoluzione alternativa della controversia se previsto.

4. L'assicurato ha comunque il diritto di scegliere liberamente il proprio avvocato nel caso di conflitto di interessi con ARAG.

5. Se le Condizioni di Assicurazione sono tradotte anche in lingua tedesca, in caso di controversia tra ARAG e l'assicurato sull'interpretazione del testo del presente contratto, ha valore quello scritto in lingua italiana.

Art. 5.5 – DICHIARAZIONI INESATTE E RETICENTI DELL'ASSICURATO

1. Le dichiarazioni inesatte, le reticenze del contraente o dell'assicurato, relative a circostanze che influiscono sulla valutazione del rischio all'atto della conclusione del contratto o durante il corso dello stesso, possono comportare la perdita totale o parziale del diritto alle garanzie assicurative nonché la cessazione dell'assicurazione.

2. ARAG, una volta a conoscenza di circostanze aggravanti che comportino un premio maggiore, può richiedere la modifica delle condizioni in corso.

3. Nel caso di diminuzione del rischio ARAG è tenuta a ridurre il premio o le rate di premio successive alla comunicazione del contraente e rinuncia al relativo diritto di recesso.

4. L'assicurato deve comunicare ad ARAG l'esistenza e la successiva conclusione di altri contratti di assicurazione per lo stesso rischio e dare avviso dei sinistri a tutti gli assicuratori, indicando a ciascuno il nome degli altri, ai fini della ripartizione proporzionale delle spese.

Art. 5.6 – OBBLIGHI DI COMUNICAZIONE AD ARAG

1. Il contraente deve comunicare subito ad ARAG:

- la dichiarazione di interdizione o inabilitazione avvenuta nei suoi confronti
- il trasferimento della propria sede legale in paese diverso dalla Repubblica Italiana,

perché cause di risoluzione del contratto.

2. L'assicurato dopo la denuncia del sinistro deve informare ARAG sulle evoluzioni e sulle circostanze dello stesso, anche se rimaste immutate:

- per consentire la gestione del sinistro
- e per non far decorrere, dalla data dell'ultima comunicazione ad ARAG, la prescrizione prevista dalla legge.

SEZIONE 6 - Quando e come devo pagare?

Art. 6.1 – PAGAMENTO DEL PREMIO E SOSPENSIONE DELLE GARANZIE

1. Il premio deve essere pagato al momento della sottoscrizione della polizza e al rinnovo della stessa.
2. Il premio è annuale e può essere pagato in un'unica soluzione o con frazionamento rateale. Se il contraente non paga le rate di premio successive alla prima, le garanzie continuano ad operare per il periodo di tolleranza indicato nella scheda di polizza. Alla scadenza del periodo di tolleranza le garanzie rimangono sospese e riprendono ad operare dalle ore 24 del giorno del pagamento. Resta ferma in ogni caso la data prevista di scadenza della polizza.
3. Se il contraente non paga le rate di premio successive alla prima, ARAG può risolvere il contratto, a mezzo lettera raccomandata AR o altri mezzi legalmente equivalenti, fermo il diritto al pagamento del premio.
4. È consentito qualsiasi mezzo di pagamento conforme alle vigenti norme.
5. I premi devono essere pagati ad ARAG ovvero all'intermediario incaricato.

Art. 6.2 – INDICIZZAZIONE DEL PREMIO, DEI MASSIMALI E DEI LIMITI

1. I valori del premio, dei massimali e dei limiti sono basati sul "numero indice dei prezzi al consumo per le famiglie di operai e impiegati", pubblicato dall'ISTAT - Istituto Centrale di Statistica di Roma, in conformità a quanto segue:
 - a) nel corso di ogni anno solare viene adottato come base di riferimento iniziale e per gli aggiornamenti, l'indice del mese di settembre dell'anno precedente;
 - b) alla scadenza di ogni rata annuale, se si è verificata una variazione, in più o in meno, rispetto all'indice inizialmente adottato o al suo equivalente, il massimale, i limiti ed il corrispondente premio vengono aumentati o ridotti in proporzione;
 - c) l'aumento o la riduzione decorrono dalla scadenza della rata annua.
- Il massimale per sinistro viene fissato con riferimento alla data di avvenimento del sinistro.**
2. Se, in conseguenza delle variazioni dell'indice, il massimale, i limiti ed il premio superano il doppio degli importi inizialmente stabiliti, sia ARAG che il contraente hanno la facoltà di rinunciare all'aggiornamento del contratto, ed il massimale, i limiti, ed il premio rimangono quelli risultanti dall'ultimo aggiornamento effettuato.
 3. In caso di eventuale ritardo od interruzione nella pubblicazione degli indici, ARAG propone l'adeguamento tenendo conto delle variazioni notoriamente avvenute nei prezzi correnti rispetto all'ultimo adeguamento.
 4. Il contraente ha comunque la facoltà di rinunciare all'aggiornamento proposto.

Art. 6.3 – REGOLAZIONE DEL PREMIO

1. Il premio annuo lordo di polizza è calcolato sull'elemento di rischio variabile del fatturato annuo lordo.
 2. Il premio annuo lordo viene pagato dal contraente, per ciascun periodo assicurativo:
 - a) in una parte fissa, in via provvisoria, al momento della conclusione del contratto ed alla scadenza di ciascun periodo assicurativo, da considerarsi premio minimo comunque dovuto ad ARAG. Il fatturato annuo lordo da utilizzare per il calcolo della parte fissa deve essere almeno l'80% di quanto dichiarato.
 - b) a saldo, mediante la regolazione del premio alla scadenza di ciascun periodo assicurativo, sulla base del dato consuntivo al termine dello stesso periodo del fatturato annuo lordo utilizzato in sede di conclusione del contratto per il calcolo del premio annuo lordo minimo.
 3. Se la regolazione a saldo comporta la determinazione del premio annuo lordo di contratto in misura inferiore a quello corrisposto in via provvisoria, quest'ultimo si intende comunque acquisito come premio minimo di contratto, escluso pertanto ogni conguaglio negativo.
 4. Per la determinazione ed il versamento della quota di premio a saldo, il contraente è obbligato a:
 - a) comunicare ad ARAG, in forma scritta i dati necessari per la determinazione del premio definitivo entro 120 giorni a partire dalla fine di ogni periodo assicurativo;
 - b) versare il premio a saldo nei 30 giorni successivi alla comunicazione di ARAG del premio dovuto.
 5. In caso di mancato rispetto dei termini previsti al punto 4, la valutazione e l'eventuale liquidazione dei sinistri:
 - avvenuti nel periodo oggetto della regolazione,
 - e denunciati oltre i termini di tempo stabiliti alla lettera a) del punto 4,non verranno effettuate fino alle ore 24 del giorno in cui il contraente provvederà al pagamento dell'eventuale premio dovuto.
- Se il premio definitivamente corrisposto è superiore ad almeno il 50% della sua parte fissa e provvisoria, il fatturato utilizzato per la rideterminazione della parte fissa e provvisoria per l'annualità successiva deve essere almeno l'80% del fatturato comunicato a saldo, a partire dalla prima scadenza annua successiva alla rideterminazione del premio.
6. ARAG può verificare i dati forniti dal contraente per la determinazione del premio; il contraente è obbligato fornire ad ARAG le informazioni e la documentazione necessari.



SEZIONE 7 - Quando comincia la copertura e quando finisce?

Art. 7.1 – EFFICACIA E DURATA DELLA COPERTURA ASSICURATIVA

1. La copertura assicurativa è efficace dalle ore 24 del giorno indicato in polizza, se il premio è stato pagato; se il premio non è stato pagato la copertura assicurativa è efficace dalle ore 24 del giorno del pagamento. Resta ferma in ogni caso la data prevista di scadenza della polizza.
2. Il contratto ha la durata indicata nella scheda di polizza e si rinnova tacitamente di un anno in mancanza di disdetta, da inviarsi a mezzo lettera raccomandata AR o altri mezzi legalmente equivalenti, spedita 30 giorni prima della scadenza del contratto.

Art. 7.2 - QUANDO SONO COPERTI I SINISTRI

1. Sono coperte le spese garantite per i sinistri avvenuti:

- dalla data di efficacia della copertura assicurativa per il danno o presunto danno extracontrattuale, per la violazione o presunta violazione di norme penali o amministrative
- **dopo 3 mesi di carenza in tutte le restanti ipotesi.**

In caso di cessazione dell'attività da parte dei soggetti assicurati, le garanzie Difesa penale per delitti colposi e contravvenzioni e Impugnazione di sanzioni amministrative, entrambe attivate per le normative del Pacchetto sicurezza, operano per i sinistri avvenuti durante l'efficacia della polizza ed entro 24 mesi dalla cessazione dell'attività.

2. Quando il contratto è emesso senza interruzione della copertura assicurativa dopo una precedente polizza per lo stesso rischio **le garanzie della presente polizza, se previste anche nel precedente contratto, operano**

- senza la carenza se il precedente contratto ha una durata pari o superiore alla carenza stessa
- per i sinistri avvenuti durante il periodo di efficacia della polizza precedente se **sono stati respinti perché denunciati oltre il termine massimo che decorre dalla data di cessazione del contratto, e il precedente assicuratore non contesta il mancato pagamento o adeguamento del premio.**

Art. 7.3 – QUANDO AVVIENE IL SINISTRO

1. **La data di avvenimento del sinistro è quella in cui si verifica l'evento dannoso a seguito del quale insorge la vertenza. L'evento dannoso, in base alla natura della vertenza, è inteso come:**

- il danno o presunto danno extracontrattuale subito o causato dall'assicurato
- la violazione o presunta violazione del contratto
- la violazione o la presunta violazione della legge
- il primo atto di indagine per la difesa penale per delitti colposi e contravvenzioni relativi al Pacchetto sicurezza, esclusi l'omicidio colposo e le lesioni personali colpose
- il primo atto di accertamento ispettivo amministrativo per le Impugnazione di sanzioni amministrative.

2. In presenza di più eventi dannosi della stessa natura, **la data di avvenimento del sinistro è quella in cui si verifica il primo evento dannoso.**
3. **Uno o più eventi dannosi tra loro collegati o consequenziali o riconducibili ad un medesimo contesto, anche quando coinvolgono una pluralità di soggetti, sono trattati e considerati come un unico sinistro e la data di avvenimento è quella del primo evento dannoso.**

Esempio di data di avvenimento del sinistro per danno extracontrattuale subito

L'assicurato viene denigrato sui social e intende chiedere il risarcimento dei danni al responsabile. La data di avvenimento del sinistro è la data di pubblicazione dei contenuti lesivi.

Esempio di data di avvenimento del sinistro per violazione della norma di legge

L'assicurato riceve un avviso di garanzia per un reato che sarebbe stato commesso a febbraio dell'anno precedente. La data di avvenimento del sinistro è la data in cui il reato sarebbe stato commesso (febbraio dell'anno precedente).

Il contenuto del riquadro non ha valore contrattuale

ART. 7.4 – RISOLUZIONE DEL CONTRATTO

1. Se nei confronti del contraente è dichiarata l'interdizione o l'inabilitazione, il contratto si risolve di diritto dalla data di efficacia della dichiarazione.
2. La sede legale del contraente deve essere nella Repubblica Italiana. In caso di trasferimento della sede legale in paese diverso dalla Repubblica Italiana, il contratto si risolve di diritto dalla data di trasferimento. In caso di mancata o tardiva comunicazione del trasferimento della sede legale, ARAG si riserva di chiedere al contraente il rimborso di ogni spesa eventualmente sostenuta.
3. In caso di risoluzione anticipata del contratto ARAG rimborsa al contraente la parte di premio pagata e non goduta, senza le imposte.

SEZIONE 8 - Come posso disdire il contratto?

Art. 8.1 – DISDETTA DEL CONTRATTO

Il contratto può essere disdettato con lettera raccomandata AR o mezzi legalmente equivalenti, con un preavviso di almeno 30 giorni rispetto alla scadenza prevista in polizza.

Art. 8.2 – RECESSO DAL CONTRATTO A SEGUITO DI SINISTRO

1. Dopo ogni denuncia di sinistro e fino al 30° giorno dopo la comunicazione della sua archiviazione, il contraente e ARAG possono recedere con lettera raccomandata AR o mezzi legalmente equivalenti, con un preavviso di almeno 15 giorni rispetto alla data di effetto del recesso.
2. Al contraente è dovuto il rimborso della parte di premio pagata e non goduta, senza le imposte.

Per te che sei cliente ARAG, per la tutela dei tuoi diritti:



ARAGTEL

Nelle materie previste dalla polizza, l'assicurato può chiamare il numero gratuito



per ricevere informazioni di carattere generale su:

- contratti e responsabilità extra contrattuale
- leggi, regolamenti e normativa vigente
- adempimenti previsti in caso di procedimenti civili, penali ed amministrativi
- informazioni sul contenuto e sulla portata delle garanzie di polizza
- modalità di denuncia di sinistro e documentazione necessaria.

ARAGTel è operativo:

- lunedì – giovedì: 09:00-13:00; 14:00 - 17:00
- venerdì: 09:00 - 13:00.

Dopo essersi registrato nell'Area Clienti del sito www.arag.it, nella pagina "Servizi" l'assicurato ha a disposizione:

ARCHIVIO DOCUMENTI

Un insieme di modelli legali come ad esempio contratti, ricorsi e autocertificazioni.

È possibile scaricare e personalizzare il modello scelto in base alle proprie esigenze, anche utilizzando un sistema di compilazione guidata online.

GUIDE LEGALI

Pratici vademecum, scritti con un linguaggio comprensibile a tutti, per orientarsi e capire meglio le normative vigenti in diversi ambiti.

E' possibile consultare e scaricare:

- **Guide legali di viaggio**, che raccolgono le peculiarità legali di diversi paesi del mondo che costituiscono meta frequente dei viaggiatori italiani;
- **Guide legali per la circolazione stradale**, che riassumono la normativa vigente nel nostro Paese: le regole principali, i casi di ritiro, sospensione o revoca della patente, come funziona la patente a punti e molto altro;
- **Guide legali per la vita privata**, che possono risultare utili per orientarsi e meglio tutelare i propri diritti nella vita di ogni giorno.

Entra nel sito www.arag.it e collegati all'Area privata dedicata ai Clienti per scoprire cosa ti abbiamo riservato.



ALLEGATO NORME DI LEGGE

Principali articoli del Codice Civile applicabili al contratto

Art. 1341 - Condizioni generali di contratto. Le condizioni generali di contratto predisposte da uno dei contraenti sono efficaci nei confronti dell'altro, se al momento della conclusione del contratto questi le ha conosciute o avrebbe dovuto conoscerle usando l'ordinaria diligenza. In ogni caso non hanno effetto, se non sono specificamente approvate per iscritto, le condizioni che stabiliscono, a favore di colui che le ha predisposte, limitazioni di responsabilità, facoltà di recedere dal contratto o di sospenderne l'esecuzione, ovvero sanciscono a carico dell'altro contraente decadenze, limitazioni alla facoltà di opporre eccezioni, restrizioni alla libertà contrattuale nei rapporti coi terzi, tacita proroga o rinnovazione del contratto, clausole compromissorie o deroghe alla competenza dell'autorità giudiziaria.

Art. 1342 - Contratto concluso mediante moduli o formulari. Nei contratti conclusi mediante la sottoscrizione di moduli o formulari, predisposti per disciplinare in maniera uniforme determinati rapporti contrattuali, le clausole aggiunte al modulo o al formulario prevalgono su quelle del modulo o del formulario qualora siano incompatibili con esse, anche se queste ultime non sono state cancellate. Si osserva inoltre la disposizione del secondo comma dell'articolo precedente.

ART. 1892 - Dichiarazioni inesatte e reticenze con dolo o colpa grave. Le dichiarazioni inesatte e le reticenze del contraente, relative a circostanze tali che l'assicuratore non avrebbe dato il suo consenso o non lo avrebbe dato alle medesime condizioni se avesse conosciuto il vero stato delle cose, sono causa di annullamento del contratto quando il contraente ha agito con dolo o con colpa grave. L'assicuratore decade dal diritto d'impugnare il contratto se, entro tre mesi dal giorno in cui ha conosciuto l'inesattezza della dichiarazione o la reticenza, non dichiara al contraente di volere esercitare l'impugnazione. L'assicuratore ha diritto ai premi relativi al periodo di assicurazione in corso al momento in cui ha domandato l'annullamento e, in ogni caso, al premio convenuto per il primo anno. Se il sinistro si verifica prima che sia decorso il termine indicato dal comma precedente, egli non è tenuto a pagare la somma assicurata. Se l'assicurazione riguarda più persone o più cose, il contratto è valido per quelle persone o per quelle cose alle quali non si riferisce la dichiarazione inesatta o la reticenza.

ART. 1893 - Dichiarazioni inesatte e reticenze senza dolo o colpa grave. Se il contraente ha agito senza dolo o colpa grave, le dichiarazioni inesatte e le reticenze non sono causa di annullamento del contratto, ma l'assicuratore può recedere dal contratto stesso, mediante dichiarazione da farsi all'assicurato nei tre mesi dal giorno in cui ha conosciuto l'inesattezza della dichiarazione o la reticenza. Se il sinistro si verifica prima che l'inesattezza della dichiarazione o la reticenza sia conosciuta dall'assicuratore, o prima che questi abbia dichiarato di recedere dal contratto, la somma dovuta è ridotta in proporzione della differenza tra il premio convenuto e quello che sarebbe stato applicato se si fosse conosciuto il vero stato delle cose.

ART. 1897 - Diminuzione del rischio. Se il contraente comunica all'assicuratore mutamenti che producono una diminuzione del rischio tale che, se fosse stata conosciuta al momento della conclusione del contratto, avrebbe portato alla stipulazione di un premio minore, l'assicuratore, a decorrere dalla scadenza del premio o della rata di premio successiva alla comunicazione suddetta, non può esigere che il minor premio, ma ha facoltà di recedere dal contratto entro due mesi dal giorno in cui è stata fatta la comunicazione. La dichiarazione di recesso dal contratto ha effetto dopo un mese.

ART. 1898 - Aggravamento del rischio. Il contraente ha l'obbligo di dare immediato avviso all'assicuratore dei mutamenti che aggravano il rischio in modo tale che, se il nuovo stato di cose fosse esistito e fosse stato conosciuto dall'assicuratore al momento della conclusione del contratto, l'assicuratore non avrebbe consentito l'assicurazione o l'avrebbe consentita per un premio più elevato. L'assicuratore può recedere dal contratto, dandone comunicazione per iscritto all'assicurato entro un mese dal giorno in cui ha ricevuto l'avviso o ha avuto in altro modo conoscenza dell'aggravamento del rischio. Il recesso dell'assicuratore ha effetto immediato se l'aggravamento è tale che l'assicuratore non avrebbe consentito l'assicurazione; ha effetto dopo quindici giorni, se l'aggravamento del rischio è tale che per l'assicurazione sarebbe stato richiesto un premio maggiore. Spettano all'assicuratore i premi relativi al periodo di assicurazione in corso al momento in cui è comunicata la dichiarazione di recesso. Se il sinistro si verifica prima che siano trascorsi i termini per la comunicazione e per l'efficacia del recesso, l'assicuratore non risponde qualora l'aggravamento del rischio sia tale che egli non avrebbe consentito la assicurazione se il nuovo stato di cose fosse esistito al momento del contratto; altrimenti, la somma dovuta è ridotta, tenuto conto del rapporto tra il premio stabilito nel contratto e quello che sarebbe stato fissato se il maggiore rischio fosse esistito al tempo del contratto stesso.

ART. 1900 - Sinistri cagionati con dolo o con colpa grave dell'assicurato o dei dipendenti. L'assicuratore non è obbligato per i sinistri cagionati da dolo o da colpa grave del contraente, dell'assicurato o del beneficiario, salvo patto contrario per i casi di colpa grave. L'assicuratore è obbligato per il sinistro cagionato da dolo o da colpa grave delle persone del fatto delle quali l'assicurato deve rispondere. Egli è obbligato altresì, nonostante patto contrario, per i sinistri conseguenti ad atti del contraente, dell'assicurato o del beneficiario, compiuti per dovere di solidarietà umana o nella tutela degli interessi comuni all'assicuratore.

ART. 1901 - Mancato pagamento del premio. Se il contraente non paga il premio o la prima rata di premio stabilita dal contratto, l'assicurazione resta sospesa fino alle ore ventiquattro del giorno in cui il contraente paga quanto è da lui dovuto.

Se alle scadenze convenute il contraente non paga i premi successivi, l'assicurazione resta sospesa dalle ore ventiquattro del quindicesimo giorno dopo quello della scadenza.

Nelle ipotesi previste dai due commi precedenti il contratto è risolto di diritto se l'assicuratore, nel termine di sei mesi dal giorno in cui il premio o la rata sono scaduti, non agisce per la riscossione; l'assicuratore ha diritto soltanto al pagamento del premio relativo al periodo di assicurazione in corso e al rimborso delle spese. La presente norma non si applica alle assicurazioni sulla vita.

ART. 1907 - Assicurazione parziale. Se l'assicurazione copre solo una parte del valore che la cosa assicurata aveva nel tempo del sinistro, l'assicurato risponde dei danni in proporzione della parte suddetta, a meno che non sia diversamente convenuto.

ART. 1910 - Assicurazione presso diversi assicuratori. Se per il medesimo rischio sono contratte separatamente più assicurazioni presso diversi assicuratori, l'assicurato deve dare avviso di tutte le assicurazioni a ciascun assicuratore.

Se l'assicurato omette dolosamente di dare l'avviso, gli assicuratori non sono tenuti a pagare l'indennità.

Nel caso di sinistro, l'assicurato deve darne avviso a tutti gli assicuratori a norma dell'articolo 1913, indicando a ciascuno il nome degli altri. L'assicurato può chiedere a ciascun assicuratore l'indennità dovuta secondo il rispettivo contratto, purché le somme complessivamente riscosse non superino l'ammontare del danno.

L'assicuratore che ha pagato ha diritto di regresso contro gli altri per la ripartizione proporzionale in ragione delle indennità dovute secondo i rispettivi contratti. Se un assicuratore è insolvente, la sua quota viene ripartita fra gli altri assicuratori.

ART. 1916 - Diritto di surrogazione dell'assicuratore. L'assicuratore che ha pagato l'indennità è surrogato, fino alla concorrenza dell'ammontare di essa, nei diritti dell'assicurato verso i terzi responsabili.

Salvo il caso di dolo, la surrogazione non ha luogo se il danno è causato dai figli, dagli ascendenti, da altri parenti o da affini dell'assicurato stabilmente con lui conviventi o da domestici.

L'assicurato è responsabile verso l'assicuratore del pregiudizio arrecato al diritto di surrogazione.

Le disposizioni di questo articolo si applicano anche alle assicurazioni contro gli infortuni sul lavoro e contro le disgrazie accidentali.

Art. 1917 - Assicurazione della responsabilità civile.

Nell'assicurazione della responsabilità civile l'assicuratore è obbligato a tenere indenne l'assicurato di quanto questi, in conseguenza del fatto accaduto durante il tempo dell'assicurazione, deve pagare a un terzo, in dipendenza della responsabilità dedotta nel contratto. Sono esclusi i danni derivanti da fatti dolosi.

L'assicuratore ha facoltà, previa comunicazione all'assicurato, di pagare direttamente al terzo danneggiato l'indennità dovuta, ed è obbligato al pagamento diretto se l'assicurato lo richiede.

Le spese sostenute per resistere all'azione del danneggiato contro l'assicurato sono a carico dell'assicuratore nei limiti del quarto della somma assicurata. Tuttavia, nel caso che sia dovuta al danneggiato una somma superiore al capitale assicurato, le spese giudiziali si ripartiscono tra assicuratore e assicurato in proporzione del rispettivo interesse.

L'assicurato, convenuto dal danneggiato, può chiamare in causa l'assicuratore.

ART. 1965 - Nozione. (di transazione)

La transazione è il contratto col quale le parti, facendosi reciproche concessioni, pongono fine a una lite già incominciata o prevengono una lite che può sorgere tra loro.

Con le reciproche concessioni si possono creare, modificare o estinguere anche rapporti diversi da quello che ha formato oggetto della pretesa e della contestazione delle parti.

ART. 2952 Il comma - Prescrizione in materia di assicurazione. ... omissis ... Gli altri diritti derivanti dal contratto di assicurazione e dal contratto di riassicurazione si prescrivono in due anni dal giorno in cui si è verificato il fatto su cui il diritto si fonda, ad esclusione del contratto di assicurazione sulla vita i cui diritti si prescrivono in dieci anni.

Sistemi di definizione delle controversie in fase stragiudiziale

Arbitrato: incarico affidato a uno o più soggetti imparziali (arbitri) per risolvere un conflitto mediante una decisione (lodo arbitrale) vincolante per le parti (artt. 806 – 840 del codice di procedura civile).

Mediazione: attività professionale svolta da un soggetto imparziale (Organismo di mediazione) per raggiungere un accordo tra due o più soggetti in conflitto o per formulare una proposta di risoluzione del conflitto (D.Lgs. n. 28 del 4 marzo 2010).

Negoziazione assistita: accordo tramite il quale le parti in conflitto risolvono in via amichevole una controversia tramite l'assistenza di avvocati (D.L. n. 132 del 12 settembre 2014).



ANGABEN ZUR VERARBEITUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

Verantwortliche der Datenverarbeitung ist **ARAG SE - Rappresentanza Generale e Direzione per l'Italia** mit Geschäftssitz in Verona, Viale del Commercio 59 (nachfolgend kurz die Gesellschaft oder ARAG genannt). Die Verarbeitung der ihr gelieferten personenbezogenen Daten dient der **Erstellung von Versicherungsangeboten**, der **Verwaltung des Versicherungsvertrags** und der **Bearbeitung der gemeldeten Schadensfälle**, zur Erfüllung der vertraglich übernommenen Verpflichtungen.

Weitergehende Informationen über die Zwecke und Modalitäten der Verarbeitung personenbezogener Daten sowie über die **Rechte der betroffenen Person** sind in der umfassenden Datenschutzerklärung für die Versicherungsnehmer enthalten, die auf der Webseite www.arag.it eingesehen werden kann. Für jegliche Information oder Antrag im Zusammenhang mit der Verarbeitung der personenbezogenen Daten können Sie sich jederzeit an den DPO (Data Protection Officer) der Gesellschaft unter der E-Mail-Adresse servizio.privacy@arag.it wenden.